Die Lohnstufen bei der Eisenbahn

Teile und herrsche.

Teile und herrsche ist das Prinzip des Kapitals. Wie fein dieses bei der deutschen Eisenbahn A.-G. durchgeführt ist, beweist die Lohnstaffelung, die wir wegen ihrer Aktualität kurz wiedergeben:

Es ist sehr schwer, sich ein zuverlässiges Bild von den Lohnverhältnissen bei der Reichsbahn zu machen. Das gesamte Personal, das ungefähr 750 000 Mann beträgt, zerfällt in die beiden großen Gruppen der Beamten, deren Besoldung sich nach dem Gehaltsschema der Reichs- und Staatsbeamtenschaft richten soll, und der etwa 400 000 Arbeiter, die unter einen Lohntarif fallen. Dieser Tarif ist äußerst kompliziert und gegliedert: die Löhne staffeln sich nach drei Lohngebieten, fünf Ortsklassen, acht Lohngruppen und acht Altersstufen. Dadurch ergeben sich 960 verschiedene Lohnsätze, und da in einigen Orten noch Ortszulagen gezahlt werden, verfügt die Deutsche Reichsbahn über 1000 verschiedene Lohnsätze. Der tarifmäßige Mehrverdienst des Eisenbahnhandwerks beträgt 29 Prozent des Lohnes des ungelernten Arbeiters. Die Löhne bewegen sich zwischen 22 und 65 Pfg., wobei nach Angabe der Gewerkschaften weit über die Hälfte aller Bahnarbeiter die Sätze unter 50 Pfg. beziehen. Ein großer Teil jüngerer Bahnarbeiter geht dadurch mit blanken 10, 11 und 12 Mark nach Hause. Die Sozialzulage beträgt für die Ehefrau und die Kinder je 3 Pfg. die Stunde. Vollarbeiter über 24 Jahre, gehen mit einem Wochenverdienst von 21 bis 24 Mark nach Hause.

Nun bedenke man die hohe Forderung der Gewerkschaften, die 3 Pfg. pro Stunde beträgt. Man bedenke aber auch die Himmelsgeduld der deutschen Proletarier, die so etwas geduldig ertragen und die zu solchen Forderungen mit wahrer Hingabe stehen. Dieser Kampf wird hoffentlich manchem Eisenbahner die Augen darüber öffnen, daß Alle um Alles kämpfen müssen, wenn ein wirklicher Sieg errungen werden soll und kein Scheinsieg.

Um die Produktion, um die politische Macht, um die Räudiktatur, um den Kommunismus geht es immer wieder.

Die Einheitsfront marschiert

Die KPD. rechnet sich zu den linken Amsterdamern.

Die KPD., die zum Stamme der alten Gewerkschaften gehört, dies auch offen bekennt, aus Unbedachtsamkeit aber den Fehler beging, einen eigenen Laden aufzumachen, sieht heute mehr wie je zuvor ihre Fehler ein und versucht zum eigenen Stamme zurückzukehren. Die „Rote Gewerkschaftsinternationale" buhlt um die Wiederaufnahme in die Amsterdamer „gelbe Gewerkschaftsinternationale".

„Für auch und wir wollen auch gnädigst gestatten, wieder in unser alte heilige Kirche aufgenommen zu werden", ruft die gelbe Gewerkschaftsinternationale ihren entronnenen Schäflein, der Sippschaft Moskau zu.

Weil es nun im Interesse Rußlands notwendig ist, den internationalen Kapitalismus für den Aufbau der russischen Industrie zu interessieren, wird man sich den internationalen Kapitalistikalen, den Gewerkschaften fügen müssen.

Erst wenn man statt Revolution Ruhe und Besonnenheit predigt und durchführen hilft, wird das Kapital der einzelnen Staaten in der Lage sein, durch die Ausbeutungsmöglichkeit seiner Lohnsklaven die Produktion und die Festigkeit der eigenen Wirtschafts- und Staatsverhältnisse so zu steigern, daß man sein Augenmerk auch den russischen Wirtschaftsverhältnissen zuwenden kann.

Also wird man ich im Auftrage seiner Exekutive den Ruhepredigern, den gelben Gewerkschaften, unbedingt fügen und ausbeuten müssen.

Denn die internationalen Wirtschaftsverhältnisse des Kapitals sind augenblicklich so, daß die industriellen Großstaaten zwar zur Hebung der eigenen Krise die russischen Rohstofflager besitzen und ausbeuten möchten, bei ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Krise aber nicht in der Lage sind, die russische Wirtschaft in ihrem Aufbau zu unterstützen.

Der russische Staat selbst hat nicht die genügende Kaufkraft, aus sich das große Aufbau- und Entwicklungsgetriebe der kapitalistischen Industrie im eigenen Lande zu beginnen und zur notwendigen Konkurrenz zu entfalten. Die Rohstoffproduktion, für deren Ausbau die Möglichkeit vorhanden wäre, muß zum großen Teil liegen bleiben.

Der Gesamtkapitalismus der einzelnen Staaten schielt nach diesen Produktionsspolen, die in Mineralien, in Kohlen und Kohlen bestehen; er benötigt sie, er möchte aber auch ebenso wenig in Rußland noch neuen Konkurrenten aufziehen.

Aus diesem Grunde die imperialistische Einstellung der einzelnen Großmächte Rußland gegenüber.

Diese imperialistische Einstellung der industriellen Weltmächte möchte Rußland gern von sich abwälzen und in die Möglichkeit eines industriellen Bündnisses umwandeln. Darum die Anlehnungs-, die Einigungsbestrebungen mit der größten Stütze des Kapitals, mit dem internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam.

Wenn man angibt, den internationalen Gedanken des Klassenkampfes in diese Institute tragen zu wollen, ist das ein illusionäres Wort- oder Phrasenspiel, um neben seiner bestimmten Politik auch gleichzeitig das teilweise verloren gegangene Interesse der Proletarier zu erwecken.

Daß es ein Unsinn ist, diese Instrumente des Klassenverrats umzuwandeln, wissen wir aus der Politik dieser Organe und aus ihrem organischen Zusammenhang. Sie sind Gebilde des Kapitals. Es ist den „russischen Gewerkschaftern" auch garnicht darum zu tun, den Sturz der bestehenden Gewerkschaftsinternationale vorzunehmen, als vor allem erst eine Gewerkschaftseinheit zu schaffen.

Es stehen sich hier aber zwei Gruppen von Geschäftsverwaltern gegenüber, wovon die eine der andern nicht gern einen Platz einräumen möchte, was vielleicht bei einer eventuellen Einigung geschehen könnte, darum das Theater in den einzelnen Geschäftsstellen, in den Staaten, um als Basis einer Einigung.

Die „rote Gewerkschaftsinternationale" muß aber mit allen Mitteln versuchen, so schnell wie möglich wieder am allgemeinen Verrat teilzunehmen.

Sie versucht darum durch Tatsachen, die sich bei dem „hohen Besuch" der Gewerkschaftsdelegationen in Rußland aus den Berichten einzelner englischer Delegierter ergeben haben, zu beweisen, daß in Rußland alles andere wie kommunistischer Bolschewismus herrscht, und daß man bei einer eventuellen Einigung garnicht Gefahr laufe, kommunistisch verseucht zu werden.

In England hat man unter der kapitalistischen Arbeiterregierung des Macdonald schon die Grundlage für die Einigkeit angebahnt.

Diese Einigung ist jetzt fertig geworden. Die „Rote Fahne" vom 13. 3. gibt dazu folgendes:

„Gewerkschaftseinheit ist „gegen die Richtung" der rechten Amsterdamer.

Wir berichteten bereits über die Bildung des englisch-russischen Einheitskomitees, bezw. über die vor einigen Tagen erfolgte Wahl der englischen Kommissionsmitglieder und über die Herausgabe einer Monatsschrift der englischen Gewerkschaften zu diesem Zweck unter dem Namen „Trade Union Unity" (Die Gewerkschaftseinheit). Die Bildung des Einheitskomitees, die Herausgabe der „Trade Union Unity" und vor allem die Tatsache, daß die Herausgeber der Zeitschrift A. Purcell und Edo Fimmen sich dabei als das, was sie sind, nämlich Präsident des IGB., bezw. Sekretär der Transportarbeiter-Internationale, bezeichnen, hat das Mißfallen des „Vorwärts" erregt. Für ihn, der systematisch die Herstellung der Gewerkschaftseinheit bekämpft, ist es im voraus „selbstverständlich", daß „das Blatt nicht die Richtung und Absicht vertreten wird, die der Ausschuß des IGB. in seiner letzten Sitzung festgelegt hat; es kann vielmehr angenommen werden, daß es den mit Ausnahme Englands von allen angeschlossenen Landeszentralen angenommenen Standpunkt bekämpfen wird. Es wäre daher angebrachter gewesen, wenn die Herausgeber darauf verzichtet hätten, ihre Stellungen im IGB. besonders zu betonen, wenn sie die Absicht haben, eine andere Politik zu vertreten, als sie von den verantwortlichen Körperschaften des IGB. festgelegt wurde."

So schreibt der „Vorwärts" und zeigt damit, daß er und nach seiner Auffassung alle rechten Amsterdamer, in dem Bestreben, die Gewerkschaftseinheit herzustellen und alle Mittel anzuwenden, um sie zu fördern, ein Verbrechen sehen, das gegen die „Richtung und Taktik" der rechten Amsterdamer verstößt. Wir registrieren diese „Feststellung" des „Vorwärts", sind aber fest überzeugt, daß sein gegen die Einheit gerichtetes Geklaff die englischen Gewerkschaftler und alle ehrlichen Anhänger der Gewerkschafts-Einheit nur bestärken wird in ihrem Bestreben, den Kampf um die Einheit mit aller Energie bis zum vollen Erfolg fortzusetzen, selbst auf die Gefahr hin, daß der „Vorwärts" darin bezeichnenderweise eine Ueberschreitung der Kompetenzen des IGB.-Vorsitzenden Purcell feststellen zu müssen glaubt."

Was hier in England vollendet ist, entsteht in vielen andern Staaten genau ebenso. Die Einigung vollzieht sich auf Umwegen.

Je näher wir der Einigung kommen, um so mehr schreit die KPD.: **„Hinein in die Gewerkschaften!"** Sie hat ja alle Pflicht dazu, ganz gleich, ob sie bis dato immer noch feststellt, daß die Gewerkschaften die Arbeiterklasse verraten. Sie sammelt ja die Proletariat unter ihrer rosarotten Fahne — um sie den Gelben als Kanonenfutter auszuhändigen.

Sie muß die Proletarier den Gewerkschaften zutreiben, weil Moskau diktiert, und das ist richtig.

Ausland

Die englische Streikwelle

In unseren letzten Berichten über England mußten wir feststellen, daß auch die englische Arbeiterbewegung auf ihrem Wege zur Sammlung gegen den Klassenfeind nur allmählich die Schlacken des Reformismus überwindet. Die Konferenz der Minderheit in Bettersen war unbestreitbar ein Fortschritt, aber der Verlauf der im Augenblick sich jenseits des Kanals entwickelten durchaus reformistisch versuchten Bewegungen der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und Eisenbahner sind der beste Gradmesser für den Stand der Entwicklung.

Die „D. A. Z." meldet aus London am 7. 3.: „Die Bergarbeiter kamen mit den Grubenbesitzern dahin überein, ein gemeinsames Komitee zu bilden, um die Lage der Gesamtindustrie zu prüfen." Das bedeutet zunächst einen Sieg des rechten Flügels der Trade Unions, denn nach den vorliegenden englischen Zeitungen wurde dieser Vorschlag von dem linken Flügel unter Führung der KPE. scharf bekämpft, unter dem Hinweis, daß die Kapitalisten genügend Mittel hätten, durch Abschreibungen, Versicherungen usw. ihre Gewinne zu verschleiern. Sie konnten auch nachweisen, daß gerade die größten Schreier unter den Bergwerksbesitzern im letzten Jahre ganz ansehnliche Gewinne erzielt hatten. Eine weitere Meldung der „D. A. Z." die sich mit englischen Blättern deckt, zeigt an, daß es dem radikalen Bergarbeiterführer Cook gelungen ist, ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen den großen Gewerkschaften zu schließen und so eine Kampfgemeinschaft von etwa 5 000 000 Arbeitern zu umfassen. Natürlich immer unter der Prüfung des „Generalrats".

Dem Kampf der Arbeiter um Lohnerhöhung und erneute Einführung der Sechstundenschicht setzten die Besitzer Lohnabbau und vor allen Dingen die Forderung größerer Freiheit in Hinsicht der Festsetzung der Arbeitszeit entgegen. Also alles wie bei uns.

Von Seiten der Arbeiterschaft standen sich der Vorschlag des rechten Flügels unter Frank Hodges, der die notleidende englische Bergwerksindustrie durch Gründung eines großen Trusts retten wollte und die Forderung der Linken unter Cook, die unter scharfem Kampf die Nationalisierung der Bergwerke erstrebten, gegenüber. Die Herren von der ILP. stellten sich als ehrliche Makler zwischen die Parteien. Mr. Hunter interviewte beide: „Das Schicksal des Sozialismus ist besiegelt", sagte ihm Cook, „wenn Frank Hodges mit seinem Vorschlag durchdringt. Es kann niemals unsere Aufgabe sein, dem Kapitalismus die Wege zur Gesundung aufzuzeigen. Diese Kerle nehmen ihr eigenes Interesse auch so schon rücksichtslos und ohne jede Gewissensbisse wahr. Im übrigen wirft die gesamte, das heißt, auch die weiter verarbeitende Industrie und die der Nebenprodukte, genügend Gewinn ab. Allerdings, alle die kleinen Blutsauger, die sich zwischen Erzeuger und Verbraucher drängen, müssen wegfallen."

Der linke Flügel ist sich auf der einen Seite darüber klar, daß wiederum, zurückgreifend auf das Dawes-Gutachten, die verschärfte Ausbeutung der deutschen Bergleute gegen sie ausgespielt werden soll, um so in holder Abwechslung die berühmte Schraube ohne Ende bis zur Auspressung des letzten Blutropfens anzuziehen.

Auf der anderen Seite sprechen sie offen aus, daß die große Reserve-Armee gerade durch verschärfte Ergiebigkeit vermittels technischer Mittel und auch durch das Eindringen der Oelfeuerung geschaffen wird. Trotzdem sie wissen, daß nur die Uebewindung des Kapitalismus diesen Widerspruch lösen kann, bleiben ihre Forderungen ganz reformistisch. So weit erschöpflich, beschränken sich die Forderungen der Bergarbeiter auf die Sechsstundenschicht und eine Entlohnung, die den Preisen der Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel entspricht, das heißt, der Lohnhöhe von 1914 mit dem entsprechenden Aufschlag. Die Aktionskomitees, zu deren Gründung Tom Mann aufruft, sollen natürlich die Herren Gewerkschaftsführer vorwärts treiben und zur Uebernahme der Leitung des Kampfes zwingen. Ob auch dieser Weg die Einsicht in die wirklichen Zusammenhänge bei den Massen verdunkeln muß, daß auch ihre Lösung sich der klaren Entscheidung in den Weg stellt, das Schicksal des Sozialismus für die nächste Zeit besiegelt sie sicher nicht. Die ganze Unreife, das widersprochsvolle der englischen Arbeiterbewegung drückte sich auch auf ihren letzten Kongressen aus. Die Bergleute ließen zum Bedauern der Kapitalisten den warm empfohlenen Vorschlag des Frank Hodges durchallen. Erwannten Hodges aber zum Trostpreis, wie der Worker selbst schreibt, zum internationalen Sekretär. Er wurde so mit einer sicheren Pfründe beschert und der Notwendigkeit enthoben, in kapitalistischen Blättern zegen die Arbeiter zu schreiben. Tom Mann wurde auf der Konferenz der englischen Fachräte in das vereinigte Büro gewählt, das die Verbindung dieser Räte mit dem Generalrat der Trade Unions aufrecht zu erhalten hat. Die gleichzeitig laufenden Bewegungen der Eisenbahner und Metallarbeiter sind noch nicht zu einem Abschluß gelangt. Doch ist mit dem zuerst genannten Komitee die Aussicht auf einen gemeinsamen großen Schlag wohl für die nächste Zeit wiederum begraben.

Streiks überall

Der Kampf des internationalen Proletariats gegen die Ausbeutung des Kapitalismus durch die Lohnsklaverei dehnt sich immer mehr aus und verschärft sich:

Generalstreik in Griechenland.

London, 12. März. Wie aus Athen gemeldet wird, beschloß der Generalrat der griechischen Gewerkschaften zur Unterstützung der streikenden Eisenbahner den Generalstreik. Die Straßenbahner, Elektriker und Bäcker sind bereits in den Ausstand getreten. Die Dockarbeiter und Hafenarbeiter beginnen morgen den Kampf. Die Eisenbahner und die mit ihnen solidarischen Arbeiter fordern eine 40prozentige Lohnerhöhung, Zurücknahme der Entlassungen, den Achtstundentag und eine Verbesserung der Pensionen. Auch die Staatsangestellten haben sich diesen Forderungen angeschlossen.

Die Regierung hat die Forderungen abgelehnt und versucht, den Streik durch Militär und Flüchtlinge als Streikbrecher niederzuknüppeln. In Athen wurden Versammlungen der Streikenden auseinandergetrieben. Der Verkehrsminister warnt in einem Aufruf die Arbeiter vor der „kommunistischen Wühlarbeit."

Metallarbeiterstreik in Italien.

WTB. **Rom, 12. März.** Der Metallarbeiterstreik in Brescia, welcher unter faschistischer Führung steht, dauert fort. Auch die Metallarbeiter von Lodi und 1500 Metallarbeiter in Mailand haben wegen Lohndifferenzen heute die Arbeit eingestellt. Der Metallarbeiterverband hat sich mit den faschistischen Streikenden solidarisch erklärt. Auch in Neapel ist eine Lohnbewegung der Metallarbeiter im Gange.

Bedeutsam ist, daß der Klassenkampf die in faschistischen Verbänden organisierten Arbeiter erwachen hat.

Aus der Bewegung

Die KAPD. und die „Einheitler"

Ende Februar veranstaltete die KAP. Mitgliederversammlungen, zu denen die Genossen der Einheitsorganisation eingeladen wurden, um festzustellen, inwieweit die Selbstverständigung des Proletariats vorgeschritten sei und welche tatsächlichen Unterschiede zwischen beiden Organisationen noch vorhanden seien.

In den Versammlung konnte man bei den Einheitlern zwei Richtungen unterscheiden: eine, welche eine politische Organisation ablehnte und für eine Zusammenfassung aller Antiparlamentarier (individuelle Anarchisten, Anarchokommunisten, Syndikalisten, Unionisten, Einheitler, KAP.) zu einem „antiparlamentarischen Block" eintrat, und welche die „offizielle Richtung" von dem Arbeitsausschuß der Einheitler war, und eine Richtung, welche eine politische Organisation für unbedingt notwendig hielt (sie dürfe aber um Gottes willen nicht Partei heißen), ein Kartell der Antiparlamentarier ablehnte und für ein Zusammengehen der Unionen war, und welche sich um die Gruppe Plempert scharrte.

Entsprechend dieser Gruppierung konnte man auch ein verschiedenes Verhalten der Einheitler beobachten. In 2 Versammlungen gaben die Einheitler einfach die Erklärung ab, daß sie sich an der Diskussion nicht beteiligen würden, und lasen als ihren Standpunkt — einen Artikel aus der „Einheitsfront" vor. Ein derartiges Verhalten zeugt ja nun nicht gerade von allzu großem Selbstvertrauen und Selbständigkeit. Die Genossen, die diese Erklärung abgaben, liefern dadurch den Beweis, daß die Punkte „Selbstbewußtseinsentwicklung, selbstständiges Denken und Handeln" bei ihnen nur auf dem Papier stehen. Sie brauchen sich wirklich nicht zu wundern, daß ihnen das Proletariat keinen Glauben schenkt, da sie durch ihr praktisches Verhalten selbst beweisen, daß ihre Worte nicht durch die eigene Tat geheartet werden, sondern bloße Phrasen bleiben.

An der Diskussion beteiligt haben sich nur die Genossen von der Gruppe Plempert. Und sehr ernsthaft. Sie haben dadurch wenigstens den Beweis geliefert, daß es ihnen ernst ist mit der Selbstverständigung des Proletariats. In allen Punkten mußten sie unsern Rednern recht geben. Eine politische Organisation halten sie selbst für notwendig. Aber dieselbe dürfe um Gottes willen nicht den Namen „Partei" führen. Der Name „Partei" ist das rote Tuch für sie.

Diesen Genossen müssen wir allerdings sagen, daß ihr Standpunkt alles andere als grundsätzlich ist. Wir können nicht verstehen, daß Genossen, die eine politische Organisation als solche für notwendig erachten, weil sie eine Antipathie gegen den Namen haben, einer Organisation angehören, die die Notwendigkeit einer politischen Organisation grundsätzlich verneint, einer Organisation, die einen wirren Meinungshaufen darstellt, der jede politische Klarheit und Linie fehlt.

Auf die Notwendigkeit der Partei wollen wir hier nicht eingehen, das wird einem besonderen Artikel vorbehalten sein. Nur auf einen geschichtlichen Irrtum, den die Einheitler oft begehen, wollen wir hinweisen. Die Genossen der Einheitsorganisation stellen es meist so hin, als ob sie von uns hinausgeworfen wurden. In Wahrheit ist die Geschichte umgekehrt. Die Einheitler, Ostsachsen an der Spitze, verlangten Ausschluß der Partei, nahmen Resolutionen an, daß alle Unionisten, die Anhänger der Partei angehören (einschließlich KAP.), auszuschließen sind usw. Und da die Parteigenossen sich diese Provokation nicht gefallen ließen und nicht gewillt waren, sich selbst zu entleiben, kam die Trennung.

Aus den Versammlungen kann man nur das eine Fazit ziehen, daß ein Zusammenarbeiten mit den Einheitlern jetzt noch nicht möglich ist. „Erst Klarheit, dann Mehrheit" war schon die Losung von Karl Liebknecht. Und mit einer Organisation, die in sich noch nicht einmal klar ist, kann es auch für die KAP. keine Einigkeit geben.

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTFALEN.

Düsseldorf. Anläßlich der am 22. März 1925 in Düsseldorf stattfindenden Bezirks-Konferenz der KAJ. findet am Sonnabend, den 21. März 1925, abends 6 Uhr, in der Bäckerstube der „Altrinnigen", Schirmer-, Ecke Beuthstraße, ein öffentlicher Vortrag statt.

Thema: Jugend und Revolution. Alle Genossen und KAZ.-Leser bitten wir, für diese Veranstaltung die rührigste Propaganda unter den Genossen zu entfalten und wenn möglichst, selbst zu erscheinen.

Die Bezirksleitung der KAJ., Rheinland-Westfalen.

GROSS-BERLIN.

Achtung! Konstituierte Sitzung aller Ausschüsse der KAP. und AAU., sowie der Jugend, am Freitag, den 20. März, abends 7 Uhr, Gipsstraße 23.

Achtung! Referentes und sämtliche Diskussionsredner. Es erscheinen zu der, oben angezeigten kombinierten Ausschüsse ist unbedingte Pflicht.

8. Unterbezirk (Friedrichshain). Oeffentliche Betriebsversammlung am Dienstag, den 17. März 1925, nachmittags 4 Uhr, Michaelkirchstraße 29 a, Ecke Wusterhausener Str., Lokal P. Prasser. Tagesordnung: **Die Gewerkschaften und die Betriebsrätewahlen.** Genossen sorgt für zahlreichen Besuch.

A. E. G. Hennigsdorf. (Lokomotivfabrik.) Am Freitag, den 20. März, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal „Drei Linden" in Hennigsdorf eine öffentliche Betriebsversammlung statt. Tagesordnung: Betriebsratswahlen oder revolutionäre Betriebsorganisationen. Proletarier, Klassengenossen der AEG. Hennigsdorf, erscheint in Massen.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schertzall, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 21

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

März 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Wahlkomödie u. Wahlbetrug

Fritz ist Friedrich Ebert ist gestorben. Die Zeiten des „mort est le roi, vive le roi" (Der Krieg ist tot, es lebe der König) sind vorüber. An die Totenfeierlichkeiten für den verstorbenen König schließen sich nicht mehr die Krönungszeremonien an. Die „Demokratie" hat die ererbte Herrlichkeit abgeschafft. Sie ist stolz auf ihren Sieg, den Sturz des Gottesgnadentums, und die uneingeschränkte Herrschaft des dritten Standes, der Bourgeoisie. Das goldene Kalb hat nunmehr hemmungslosen Auslauf, nachdem es durch das Proletariat die feudalen Fesseln gesprengt hat. Aus Dankbarkeit dürfen nun die schwarzen Schafe das goldene Kalb wählen.

Die Verfassung der deutschen Republik läßt die direkte Wahl des Präsidenten der Republik zu, während in den übrigen Demokratien der Welt diese Aufgabe den „gewählten Vertretern des Volkes" allein oder in Gemeinschaft mit den Herrenhäusern (Senaten, zweiten Kammern) oder auch Wahlmännern zukommt, die dann erst die eigentliche Wahl auf Grund ihrer besseren Einsicht vornehmen. Die Tätigkeit dieses Präsidenten ist mehr oder weniger repräsentativ und doch hat sie dadurch und besonders in Deutschland eine enorme Bedeutung gewonnen, daß die Verfängung des Ausnahmezustandes formell von ihm abhängig ist. Er ist so zum Gralswächter des goldenen Kalbs gestempelt. Die Bourgeoisie vertraut ihm ihre schärfste Waffe gegen das Proletariat an. Er ist ihr verantwortlich für das Einsetzen der bewaffneten Macht und der Schnellfeuerjustiz in den entscheidenden Kämpfen um die Macht, wenn die legalen Methoden der Demokratie zur Nierderhaltung des Proletariats versagen.

Diesen Posten kann die Bourgeoisie nicht einer beliebigen Persönlichkeit anvertrauen. Deshalb ist in anderen republikanischen Verfassungen eine indirekte Wahl vorgesehen. Solche Vorsichtsmaßnahmen sind in der freiesten Demokratie selbstverständlich nicht getroffen. Aus diesem Grunde ist der Kampf um die Besetzung des Reichspräsidentenpostens so scharf. Die Bourgeoisie will einen durchaus zuverlässigen Statthalter. Er muß alle Eigenschaften eines guten Bürgers besitzen. Seine „Kenntnisse" und Einstellung in der inneren Politik sind entscheidend. Es kommt auf seine guten und wichtigen parlamentarischen Verbindungen und seine Routine in der Abwicklung parlamentarischer Krisen an. Er hat den Reichskanzler zu ernennen und damit einen wichtigen Faktor im parlamentarischen Intrigienspiel. Das Parlament ist aber der wichtigste Faktor für den legalen Schein, die stärkste Illusion, die das Proletariat an das Kapital hält. Die Aufrechterhaltung der „Legalität" ist für die herrschende Klasse noch wichtiger als der Ausnahmezustand.

Wie der Reichspräsident für die innere Politik erhebliche Vollmachten hat, so wenig hat er in der Außenpolitik zu sagen. Da ist er nur der Repräsentant und hat nur das zu billigen, was die herrschende Klasse will. Man hat ihm das Recht, über Krieg oder Frieden zu bestimmen, entzogen. Nach den Erfahrungen, die die deutsche Bourgeoisie mit dem letzten Hohenzollern gemacht hat, der sich nicht als „konstitionneller" Monarch fühlte, und auf Grund der Folgen des Weltkrieges hat sich die deutsche Bourgeoisie dazu entschlossen, jeden Einfluß eines Oberhauptes auszuschalten. Der Repräsentant darf keine eigene Politik treiben, nur die Regierung, welche „das Vertrauen des Reichstages" hat, hat zu entscheiden.

Der Kampf der deutschen Bourgeoisie gegen den ersten Reichspräsidenten setzte von Anfang an ein, weil sie in ihm noch den Vertreter der verhaßten Roten, den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei sah. Der Grund war die Furcht, daß Ebert in den Entscheidungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit doch seine Herkunft noch nicht völlig verleugnen würde und unter einem eventuellen Druck seiner Parteigenossen auf Seiten des Proletariats stehen könnte. Allmählich erst wußte er sich das Vertrauen der Bourgeoisie zu erringen. Das Mißtrauen schwand völlig, als er die Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen befahl, während er der faschistischen Bewegung in Bayern keinen Widerstand entgegenstellte. Die Verhängung des Ausnahmezustandes am 26. September 1923 und seine Verschärfung Ende November durch die offizielle Unterdrückung und Vogelfreierklärung der revolutionären Arbeiterschaft wurde ihm als zweite Rettung vor dem Bolschewismus als besonderes Verdienst anerkannt. Sein Tod erst hat seinen Ruhm laut erschallen lassen. In eingeweihten Kreisen der Bourgeoisie war man sich schon längst über seine Rolle klar, wie es der Magdeburger Prozeß mit erfreulicher Deutlichkeit gezeigt hat. Die Sozialdemokratie, welche bisher den „Genossen" Ebert als eine außerordentlich schwere Belastung ansah und seine Parteizugehörigkeit gegenüber den Forderungen der Mitgliedschaft nur mit Mühe durchsetzen konnte, war durch die Verherrlichung seiner „Persönlichkeit" durch die kompetenten Männer des Bürgertums so außer'm Häuschen geraten, daß sie zum grellsten Byzantinismus überschwenkte. Sie sah sich in der höchsten Regierungsfähigkeit bestätigt und war Stolz auf diese Entwicklung. Aus dieser Stimmung war es ganz begreiflich, daß sie wieder zu einer eigenen Kandidatur griff, zumal da ihre Stellung in der Verwaltung, ihre Notwendigkeit für die Bourgeoisie bei der Regelung des Verhältnisses zur Arbeiternehmerschaft, durch die sogenannte reaktionäre Entwicklung zusammengebrochen war. Die letzte Position, das preußische Ministerium des Innern, kann nur noch mit Mühe und Not mit den größten Opfern gehalten werden. Die Aufdeckung der Barmatkorruption war ein weiterer schwerer Schlag für die Bewerber um die verantwortlichsten Verwaltungsposten. Es war eine Rehabilation unbedingt notwendig. Ueberall gilt die Sozialdemokratie als politisch erledigt und ihre Bundesgenossenschaft als peinliche Belastung. Sie mußte sich von der Weimarer Koalition im ersten Wahlgang trennen, um innerhalb der Koalition für den zweiten Wahlgang unter dem Druck der Millionen Wähler eine bessere Position zu haben.

Die Loslösung der Sozialdemokraten von der republikanischen Einheitsfront, die von den Linksradikalen Demokraten des Schlages von Gerlach als Dolchstoß empfunden wird, hat jede republikanische Partei gezwungen, auch Zählkandidaten aufzustellen, während die Rechtsparteien demgegenüber von Anfang an einen Kandidaten ihrer Färbung entgegensetzen, der bereit ist, den Eid auf die Republik zu schwören. Die Monarchisten beteiligen sich mit dem stärksten Eifer an der Wahl eines würdigen Repräsentanten der Republik. So weit hat sich schon der Glaube an die Republik durchgesetzt. Man bemüht sich durchaus ernstlich um diesen Posten. Ein Jahres wird in Deutschland ebensowenig die Monarchie

Generalstreik der Eisenbahner ...?

Die Reichsbahn zum Schiedsspruch — Was tun die „Kampf"-Gewerkschaften? Was sagen „Vorwärts" und „Rote Fahne?"

Zu dem von uns in der vorigen Nummer veröffentlichten Schiedsspruch nimmt die Deutsche Reichsbahngesellschaft wie folgt Stellung:

„Die Hauptverwaltung kann unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Empfehlung des Schiedsspruches, den Arbeitslohn vom 15. März ab um drei Pfennige je Stunde zu erhöhen, von sich aus nur durchführen, wenn die Reichsregierung die zur Aufbringung der Mittel erforderliche Erhöhung der Tarife genehmigt. Weiter stimmt die Hauptverwaltung der Einsetzung des vom Schiedsrichter empfohlenen Ausschusses zur Prüfung von Härten in den Arbeitszeitbestimmungen, wie sie es ohnehin in Aussicht genommen hat, zu. Der Schiedsspruch verlangt, daß sämtliche am Streik Beteiligten bis zum 31. März wieder eingestellt sind, so daß den neu eingestellten Ersatzkräften sofort bis zum 31. März gekündigt werden müßte. Die Gesellschaft ist bereit, die Mehrzahl der am Streik Beteiligten mit den alten Rechten des Tarifvertrages wieder einzustellen und keine Maßregelung dieser Arbeiter vorzunehmen. Sie ist aber nicht in der Lage, sämtliche Neueingestellten zu entlassen. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft kann nicht wie andere Unternehmungen im Falle eines Streiks ihren Betrieb schließen. Sie ist im Gesamtes aus volkswirtschaftlichen Gründen und im Interesse der Allgemeinheit verpflichtet, Verkehr und Betrieb aufrecht zu erhalten, um die Güterversorgung nicht zu gefährden. Sie war daher nach Ausbruch des Streiks in die Notlage versetzt, sich nach Ersatzkräften umsehen und neue Ersatzkräfte einstellen zu müssen. Der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft kann nicht zugemutet werden, die Heller, die sich bewährt haben, jetzt zugunsten der am Streik zetretenen Eisenbahnarbeiter sämtlich in kürzester Frist wieder zu entlassen. Die Reichsbahn-Gesellschaft ist daher bereit, die am Streik Beteiligten wieder einzustellen, soweit der Betrieb es ihr gestattet, und auf längere Zeit hinaus die freiwerdenden Stellen in erster Linie aus den Reihen der früher Beschäftigten zu besetzen."

Es ist bezeichnend, daß die beiden einzigen Arbeiterblätter, der „Vorwärts" und die „Rote Fahne" nur noch ungern den Eisenbahnerstreik registrieren. Notgedrungen nimmt man so unter Gewerkschaftliches auf der letzten Seite Stellung im „Vorwärts" und die „Rote Fahne" darf auch nicht mehr die erste Seite opfern; denn diese ist für den „roten Kaiser" als Zahl-Repäsentant dieser bürgerlich-kapitalistischen Republik bestimmt. „Man muß nun befürchten", so schreibt der „Vorwärts" vom 18. März, „daß nunmehr eine ernsthafte Verschärfung des Kampfes eintritt." Betont werden braucht wohl nicht extra, daß mit dem Passus der Reichsbahn, nur nach Bedarf die Arbeiter wieder einzustellen, nichts weiter als eine Genetalrechnung der Betriebsgemeinschaft und man nun den Abbau spielend leicht, ohne weitere lästige Entschädigung erreicht hat.

Der nächstfolgende Akt ist nun nach dem gewerkschaftlichen Werdegang die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches im Interesse der Allgemeinheit. Man wird dabei betonen, daß die Frage der Arbeitszeit erneut wohlwollend von einer Kommission geprüft wird und wie die Beileidskundgebungen sonst noch heißen mögen für eine verratene Arbeiterschicht.

Während „Vorwärts" und „Rote Fahne" zum Kampf dieser wichtigen Arbeitergruppe nichts neues zu sagen haben und man nur lakonisch erklärt, unsere Stellung ist ja bekannt, läutet das Blatt der Stinnes Erben, die schwerindustrielle „D. A. Z." etwas den Schleier und erklärt:

„Wie wir zuverlässig erfahren, werden heute nach der Verbindlichkeitserklärung die Organisationen die Parole zum sofortigen Streikabbruch herausgeben und sich für ihre Durchführung energisch einsetzen."

Bekannt ist ja wohl noch der Aussprach eines Gewerkschaftsvertreters bei den ersten Verhandlungen mit der Aktien-Gesellschaft, ehemaliger Staatsstolz jedes Teutschen, „daß so etwas bei Stinnes nicht möglich gewesen wäre!"

Die Parole der freigelben „Klassenkampf"-Gewerkschaften ist nach wie vor Gewehr bei Fuß. Weiter abwarten, d. h. sicheren Zusammenbruch des Kampfes. Sie müssen ja als staatserhaltende Organisationen so handeln.

Das Eisenbahnerproletariat ist enttäuscht, enttäuscht von und auch später noch vor der Frage: Entweder mit ihrer bisherigen Taktik und ihren „altbewährten Führern" nebst deren Organisationen geradenwegs in die Niederlage hineinzutorkeln oder aber vorwärts zu stoßen aus eigener Kraft und den gewerkschaftlichen Rahmen sprengend, den Generalstreik, nicht von den Verhinderern desselben fordernd in Resolutionen, als kämpfender Teil der proletarischen Klasse durch aus den Betrieben herausgewählte Aktionsausschüsse, die einzig mögliche Grundlage gebend. Ziel dieses Vorstoßes muß und kann nur sein das Ziel der Klasse, der Kommunismus.

Eisenbahner! Erkennt, daß viel, alles von euch abhängt. Euer Vorstoß wird ein lautes Echo beim gesamten deutschen Proletariat finden, sobald dasselb

einführen wie seinerzeit Mac Mahon in Frankreich. Die monarchistische Republik ist die nächste Phase. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob Jarres oder Marx im zweiten Wahlgang gewählt wird. Der echte Republikaner Otto Braun ist nur Zählkandidat, genau so wie der echte Kommunist Thälmann.

Ebert hat den Präsidentensitz als Sozialdemokrat und Freidenker betreten und ist als Gentleman unitat des Lord d'Abernon und frommer Katholik gestorben. Der „Vorwärts" brachte in seinem Sonntagsphotographiealbum am 15. März das Grab dieses Erlösers der Arbeiterschaft geschmückt mit dem an das Kreuz geschlagenen Christus. Ebert ein Christus redivivus (ein Wiedererstandener) ist wohl der beste Witz der Weltgeschichte. Noskes Wort vom „gemeuchelten Freund" hat seine Versinnbildlichung gefunden.

Die freiste Demokratie der Welt hat in ihrem Präsidenten den Weg zum Gottesgnadentum zurückgewonnen. Marx wird am besten die ebertinischen Traditionen fortsetzen. Die Sozialdemokratie ist hoffähig in jeder Beziehung geworden und die Kirche ihr bester Bundesgenosse.

Das Geweih des letzten von ihm erlegten Hirschen hat Ebert auf seiner Fahrt nach Heidelberg pietätvoll als Symbol der wiedergewonnenen majestätischen Herrlichkeit begleitet.

Zu Ehren der Präsidentenwahl ruht auch die gesetzgeberische Offensive des Kapitals. Die schon gezückten Gesetzentwürfe werden in den Ministerien schnell versteckt.

Das Volk hat das Wort. Es darf den Mann wählen, dessen eigentliche und alleinige Aufgabe es ist, mit dem Ausnahmezustand zu regieren, was nach dem bekannten Sprichwort jeder Esel kann.

„Es lebe der neue Präsident!"

Politische Rundschau

Zum Blutbad in Halle

Das blindwütige Schießen der Ordnungsbestie in einer öffentlichen Arbeiterversammlung, wie es am Freitag, den 13. März in Halle geschah, beleuchtet blitzartig die innerpolitische Situation in Preußen-Deutschland. Es kennzeichnet auf der einen Seite die frechen militärischen Gewalten sowie die verzweifelten Versuche der sozialdemokratischen Hausknechte, durch Unterstützung und sogar „mustergültiger" Beurteilung dieses „mustergültigen Verhaltens" dieser Ordnungsstützen, sich vor dem großen Reinemachen aus den fetten Pfründen zu schützen und auf der anderen Seite zugleich den mangelnden Klassenstolz der proletarischen Klasse.

Die Berichte, sogar der amtliche Bericht lassen erkennen, daß die Schießerei in dieser stark überfüllten Versammlung nichts weiter als eine launenhaftige Provokation des Offiziers war, um mal wieder zu sehen, wie das Pack Beine macht. Die Bourgeoisie rechnete mit einem spontanen Ausbruch des Klassenzornes. Derselbe unterblieb. Ein paar Resolutionen, ein paar Demonstrationen, die wiederum ein neues proletarisches Opfer brachten in Neukölln und schon erscheint die politische Oberfläche wieder geglättet.

Neben vielen anderen Gründen, warum das Proletariat sich in dieser Verfassung befindet, die dem Riesen Proletariat mehr als toipatschigen Hanswurst erscheinen läßt, denn als Klasse, die die Zukunft der Menschheit in sich trägt, ist der Grund der Einheitsfrontaktik mit einer der wesentlichsten.

Fest steht, daß die Sozialdemokratie und ihre Festung, der gewerkschaftliche bürokratische Organismus auf diese Gesellschaftsordnung, also auf die Profitordnung, angewiesen sind wie das Pferd auf den Hafer. Dieses wissen auch die Einheitskommunisten.

Weiter ist es ein öffentliches Geheimnis, daß diese Organisationen, deren Prinzip und Wesensinhalt der kapitalistische Staat mit seinen Einrichtungen ist, nicht durch neue Personen einfach umgestellt werden kann, diese neuen, wirklich ehrlichen und revolutionären Elemente in verhältnismäßig kurzer Zeit dort hinzurevolutionieren. Nicht das System läßt sich „revolutionieren", sondern umgekehrt, das System zwingt die Menschen in seinen Bann. Ganz abgesehen von den statuarischen Vollmachten, die die Götter in den lichten Höhen, des ADGB. haben. Die Praxis lehrt in dieser Beziehung in den letzten Jahren genug.

Dieses wissen auch die KPD.-Führer, die Brandleristen wie auch die ganze Fischerei, doch im Interesse ihrer Existenz, ihrer Abhängigkeit vom kapitalistischen Osten, müssen sie so handeln und als treue russische Gläubige tun sie es auch.

Die Auswirkung auf das Proletariat ist geradezu verheerend. Die Proletarier der KPD. insbesondere scheinen jegliches Gefühl der kritischen Verpflichtung eines Revolutionärs verloren zu haben. Es erscheint nur wenigen von ihnen der geradezu verbrecherische Blödsinn einzuleuchten, der darin liegt, daß man sich mit ausgesprochenen Lumpen, Verrätern, Strolchen und Schuften an der Arbeiterklasse vereinigen soll. Nur wenige Proletarier der KPD. erkennen, daß derjenige, der sich mit den „größten Lumpen der Weltgeschichte" einigt, eben dieses nur auf der Basis des Lumpen tun kann. Diese Zwiespältigkeit der KPD. ist es, die ungeheure Verwirrung und ungeheure Passivität, geradezu gefährliche Gleichgültigkeit im Proletariat gezüchtet hat.

Die Schüsse in Halle sind ein beredtes Zeichen dafür, daß endlich die Linie des systematischen Massenbetrugs, des Massenkadavergehorsams, der zur Verhinderung der Massenerkenntnis den größten Block bildet, erkannte und in Konsequenz dessen, nicht mehr vom Proletariat befolgt wird. Immer eindringlicher lehrt die Geschichte dem Proletariat, daß es auf die Dauer gegen seine eigenen Klasseninteressen nicht verstoßen kann. Wer die Klasseninteressen des Proletariats in die Hände der Barmat-„Sozialisten" legt, kann unmöglich noch ein Interesse an der Weltrevolution, an dem Sieg des Proletariats haben. Dieses ist so leicht zu erkennen, so klar zu sehen, daß nur rote Kopftücher vor den Augen dieses nicht gestatten können zu sehen. Wer die rote russische Binde nicht vor den Augen hat, sieht klar und muß erkennen, daß die Zerschlagung der Gewerkschaften und die gleichzeitige Bildung von revolutionären Betriebsorganisationen geschichtliche Notwendigkeit ist.

„Radikale" reformistische Sumpfblüten

Die Unabhängigen für Vaterlandsverteidigung.

Im jetzt ablaufenden zweiten Magdeburger Prozeß erklärte der radikale Usepe Dittmann, ehemaliger Volksbeauftragter, **„daß die Ablehnung der Kriegskredite durch die Unabhängigen nichts mit der Ablehnung der Landesverteidigung zu tun habe. Beim Munitionsarbeiterstreik kam es uns auf einen dreitägigen Demonstrationsstreik an. Wir waren für Landesverteidigung.**

Die Stellungnahme der Regierung verlängerte den Streik gegen unsern Willen auf sechs bis sieben Tage."

Die „Rote Fahne" vom 15. März bemerkt zu dem dreitägigen Demonstrationsstreik der Usepe recht hämisch: („Also eine echt unabhängige scheinrevolutionäre Geste zum Arbeiterbetrug"). Sie spekuliert dabei auf die Vergeßlichkeit und auf das schlecht entwickelte kritische Denkvermögen der deutschen Proletarier, sonst würde sie, die scheinrevolutionäre Meisterin, eher schweigen müssen.

Noch in lebhaftester Erinnerung ist der echt scheinrevolutionäre Massenbetrug des dreitägigen Canostreiks der KPD. Weiter erleben täglich, ja stündlich die Proletarier die kastrierende Aufforderung von der KPD., die ausgesprochensten Lumpen der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbesitzer durch Mehrheitsbeschlüsse aus den Streikversammlungen heraus zu zwingen, die Führung des Kampfes zu übernehmen.

Was diese „größten Lumpen der Weltgeschichte", so nannte sie Rosa Luxemburg, sich unter der Führung eines Kampfes der Arbeiterschaft gegen ihren gesellschaftlichen Todfeind, die Bourgeoisie und ihre geschäftsführenden Ausschüsse, Regierungen genannt, vorstellen, beweist mit seltener Deutlichkeit der Magdeburger Prozeß zweiter Auflage. Wels, der stets durstige, erklärte mit frivoler Offenheit, die auch dem naivsten „Vorwärts"-leser, wenn er zu den Arbeitern noch rechnet, die Augen öffnen sollte, was die Sozialdemokratie eigentlich wollte und stets nur will.

Der Vorsitzende hat das von dem Vaterlandsverteidiger Dittmann entworfene Flugblatt vom Januar 1918 zur Hand und sagt: „Wenn ich mir die Forderungen der Streikenden in dem Flugblatt ansehe, so muß ich sagen, daß sie mit den Interessen der Landesverteidigung nicht vereinbar waren."

Zeuge Wels: „Wir haben diese Forderungen nicht zu der unsern gemacht, im Gegenteil, die Forderung, daß die Arbeiter zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden sollten, bedeutete ja nichts anderes als die Ersetzung der Regierung durch eine Arbeiterregierung. Das lehnten wir ab. **Wir wünschten nur, daß die Ernährung besser würde und wünschten, daß die Regierung durch eine Geste, die nichts kostete, sich dazu verpflichtete."**

(„Vorwärts" vom 17. März 1925, Nr. 128, zweite Beilage.)

Ein weiterer Kommentar erübrigt sich. Vielleicht erkennen aber die Arbeiter bei ihren Niederlagen, die sie seit 1914 systematisch nur durch und mit diesen **Wels, mit der schönen Geste,** erlitten haben, endlich, wo der gefährlichste Feind sitzt. Vielleicht erkennen sie schnell, und je schneller, je besser, daß dieser gefährliche Feind in ihrer eigenen Mitte sitzt, sich in ihren Organisationsformen, die wieder in nur das Gefäß für den Reformismus sind, verkörpert.

Solange das Proletariat noch als Mehrheit dem Reformismus huldigt, der sich erneut durch die KPD. breit macht, durch die geradezu verbrecherischen Einigungsbestrebungen mit den größten Lumpen der Weltgeschichte, solange wird es auch das Opfer solcher radikal-reformistischer Sumpfblüten sein.

Die „roten" Betriebsräte als Fraktion Drehscheibe

Sie sind wieder im Schwung. Die „roten" Betriebsräte, als Wächter über jeden selbständigen Schritt des Proletariats, nahmen zur Situation Stellung, wie schon sehr oft. Jedesmal muß etwas Spezielles geredet werden, damit nicht die gefährliche politische Magenleere sich breit macht und Uebelkeit eintritt. Man nahm zum Proletariermord in Halle Stellung und nahm nach zwei Referaten einstimmig eine längere Resolution, wie schon sehr oft, an. Man drückt seinen Zorn und seinen Abscheu aus über den Arbeitermord in Halle und in Neukölln. Man brandmarkt das erbärmliche Manöver der SPD.-Führerclique, die Arbeiterschaft einzuschüchtern und dadurch Braun's Kandidatur zu rechtfertigen und verlangt folgerichtig:

1. den sofortigen Rücktritt des Blutministers Severing.
2. die sofortige Absetzung des Strohmanns Severing in Berlin, des Polizeipräsidenten Friedensburg.
3. die sofortige Verhaftung der Polizeibeamten, die in Halle und Neukölln die Arbeitermorde ausgeführt haben.
4. Heranziehung von Delegationen der Halleschen und Berliner Betriebsräte zur Untersuchung der blutigen Vorfälle und als Garantie die Bestrafung der Schuldigen.

Laufend protestiert man dann gegen das Verbot der Betriebsdemonstration zum 18. März, weil der „Vorwärts" denunziert hat im Interesse des Reichsbanners. Dafür nun am 19. März. Die Genehmigung hat der Präsident Friedensburg erteilt. Dann Sympathie für die Eisenbahner. Alle Arbeiter müssen geschlossen nachmachen für Achtstundentag, gegen Hungerlöhne. Dann stellen die „roten Räte" fest, daß kein Arbeiter den Arbeiterverräter Brauns, oder gar Marx, Hellpach, Held oder Jarres wählen kann, sondern alles wählt zur Demonstration Thälmann, den roten Arbeiterkandidaten.

Dies war alles negativ. Jetzt dreht sich die Scheibe und die positive Arbeit für die Revolution beginnt mit folgender Maßnahme, die wir wörtlich der „Roten Fahne" vom 17. 3. auf der ersten Seite entnehmen:

„Ferner wurde ein gleichfalls aus der Versammlung heraus gestellter Antrag einstimmig angenommen, nachdem diese eine Delegation von sechs Betriebsräten wählt, **die mit den maßgebenden Instanzen über den Rücktritt der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Halle und Berlin, Runge und Friedensburg sowie des Preußenministers Severing verhandeln sollen."**

Dann nahm man nach dem Muster der SPD. noch folgende Resolution an, die auch wörtlich derselben Nummer der „Roten Fahne" entnommen ist und folgendermaßen lautet:

„Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, am Tage der Beisetzung der Opfer von Halle, die Arbeit in den Berliner Betrieben eine Viertelstunde ruhen zu lassen, wurde einstimmig angenommen."

Wir wollen gegen den letzten Antrag nur sagen, daß wir wünschten, daß alle dort anwesenden „roten" Betriebsräte am Tage der Beisetzung der Halleschen Opfer den Mut und die Kraft aufbrächten, in einer viertelstündigen Betriebsversammlung das Proletariat Stellung nehmen zu lassen zum Klassenterror der Bourgeoisie und ihrer Helfer. Doch wie bisher, wird man es wohl bei der Annahme der Resolution belassen und die Seite der Drehscheibe dem Proletariat vorführen, auf der alles durch Kommissionen **bei den maßgebenden Instanzen** erledigt wird.

Uebrigens eine feine Sache, die Revolution eventuell betreffs der sicheren Gewähr ihrer Durchführung von den maßgebenden Instanzen der Bourgeoisie durchführen zu lassen.

Wie heißt doch das SPD.-Karussellied:

Seht doch, seht, wie sich's dreht,
Und am Ende stille steht.
Und dann ist's, und dann ist's,
Alles, wie's gewesen ist.

Monarchistischer Reichspräsident oder „kommunistischer" Kaiser

Für einen jeden Revolutionär gibt es Aufheiterungsaugenblicke, und zwar zu den Zeiten, wo wildgewordene Spießer Negerdänze vollführen.

Da braucht man bloß das Organ der „Wildgewordenen" nachzulesen, die „Rote Morgenpost", fälschlich „Rote Fahne" genannt.

Was da alles nach dem Tode Friedrich I., anläßlich der Neuwahl eines Oberhauptes des Repräsentanten der bürgerlich-kapitalistischen Ausbeuter-Republik zusammengeschmiert wird, geht bald tatsächlich auf keine Kuhhaut mehr.

Jeder der nicht mitblindheit geschlagen ist, kann es verstehen, daß wenn Proletarier Leute zu ihrer Interessenvertretung in eine bürgerliche Regierungsform, in das Parlament hineinwählen, diese Leute auf Grund ihrer Interessenentfernung schnell verwandeln und später im letzten Stadium zu direkten Feinden derjenigen zu werden, die sie hineingewählt haben.

Oder waren etwa alle Parlamentarier der SPD. oder KPD., bevor sie ins Parlament gingen, nicht vom ehrlichen revolutionären Geist beseelt?

Aber nicht nur durch die Teilnahme am Parlament, sondern auch auf Grund ihrer ganzen Einstellung zu allen Fragen, wie beispielsweise zu der des Achtstundentages, die doch nie eine reine Machtfrage ist, sie die Proletariermassen enttäuschen doch nicht können, und neuerdings zur Präsidentenfrage, beweist die KPD., daß sie allerhöchstens friedenssozialdemokratisch, d. h. bürgerlich, nur nicht kommunistisch eingestellt ist.

Besonders der Leitartikel der „einzigen Arbeiterpartei" Deutschlands vom 12. März beweist die traurige Geistesverfassung der Journaille der „Roten Fahne".

Folgender Satz ist wert für die Nachwelt festgehalten zu werden: „Nur unter einer Fahne sammeln sich die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbürger u. Kleinbauern, unter der roten Fahne mit Hammer und Sichel, unter der Fahne des Kommunismus, **die von dem revolutionären Arbeiter Ernst Thälmann vorwärts getragen wird."**

Ist es verwunderlich, daß bei einer solch oberflächlichen Schreiberei der „Roten Fahne" die Mitglieder genau so fanatisch dämlich eingestellt sind?

Der Revoluzzer Georg Ledebour hat in diesen Tagen seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Der Veteran wähnt die USPD. gestorben, doch irrt er sich weil die Partei halb und halb, des Schlifrohres, der Inkonsequenz, heute noch lebt, allerdings unter verändertem Namen, genau wie die Monarchie heute Republik heißt so heißt die USP. heute irrtümlich KPD.

Die Aufgabe eines revolutionären Organes muß es sein, auf alle Gefahren die der proletarischen Klasse drohen hinzuweisen, und wieder und immer wieder rücksichtslos und mit brutaler Offenheit der Klasse den historischen Weg den die Klasse gehen muß einzuhämmern.

Dieser Weg, so einseitig er ist, geht dank der dummen kindischen Schreibweise der „Roten Fahne" nicht in die Köpfe der Proleten hinein.

Zusammenschluß in den Betrieben als Klasse, wie ihn die KAP. seit Bestehen des Spartakusbundes propagiert, macht beispielsweise auch den Roten Frontkämpferbund e. V. überflüssig.

Die proletarische Klasse hat zu wählen: Formierung in den Betrieben zum Kampf — oder Untergang in die Barbarei.

Selbstvernichtung des Proletariats!

Kanonenfutter überall!

Der Kampf um die Weltherrschaft.

Die Konzentration des Kapitals auf der Grundlage von Kontinenten schreitet immer schneller vorwärts. Der Pakt der europäischen Staaten schließt sich immer enger. Es ist die einzige Lösung, die der Kapitalismus nach seinem Hinschleppen von Konferenz zu Konferenz noch gefunden hat. Alle die Wiederlebungsversuche an der Industrie, an der Konkurrenzfähigkeit, blieben durch die zwangsläufige Handelsabsperrung der einzelnen Staaten erfolglos. Die untragbaren Schuldenlasten der europäischen Staaten gegeneinander, und Amerika gegenüber, haben mit Hilfe der Reparationsprobleme die marktfähige Wirtschaftlichkeit jedes Einzelnen vollkommen vernichtet. Eins gibt es noch zu versuchen: „Den Zusammenschluß dieser Kapitalismen, um die gesamte Schuldenlast gemeinsam auf Kosten der Ausbeutung der Proletariermassen zu tilgen. Die Konkurrenz gegen den mächtigsten Konkurrenzgegner, den allgemeinen Gläubiger Amerikas aufzunehmen, und im Osten gemeinsam die Ausbeutung der europäischen und asiatischen Industriepole vorzunehmen.

So wird die Grundlage für den nächsten Krieg geschaffen. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist unmöglich geworden. Das Kapital ist gezwungen, eine neue gewaltsame Auseinandersetzung zwischen den Großwirtschaftsmächten anzubahnen. Der Weltkrieg von 1914 muß im größeren Maßstabe seine Fortsetzung nehmen, denn die proletarische Revolution hat noch nicht über den Imperialismus gesiegt.

Der Zusammenschluß der westeuropäischen Mächte wird mit aller Macht in Angriff genommen. Deutschland muß unbedingt in den imperialistischen Pakt eingegliedert werden.

Eine Berliner Zeitung vom Montag schreibt:

„Berlin, 14. 3. Die 33. Tagung des Völkerbundsrates ist heute abgeschlossen worden. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat ein sehr ausführliches Telegramm an den Reichsaußenminister Stresemann gerichtet, in welchem er die Bedenken der Reichsregierung zu zerstreuen sucht und Deutschland nochmals zum Eintritt in den Völkerbund als vollkommen gleichberechtigtes Mitglied auffordert."

Um Deutschland zu interessieren, wird ihm Polen versprochen. Deutschland wird diesen Pakt eingehen, und die Proletarier werden im Interesse der demokratischen Republik der sie ihre Stimme geben, wieder auf die Schlachtbank geführt.

Ein Schreiben des Völkerbundsrates in Genf an die Luther-Regierung sagt:

„Es sei unmöglich, daß ein Völkerbundsmitglied im Falle eines Völkerbundkrieges „seinen Staatsangehörigen die Freiheit läßt, sich den allgemeinen (Militärdienst-) Verpflichtungen, die der Pakt auferlegt, zu entziehen."

Die Helden des Proletariats von 1914, vielleicht mit dem Zuwachs der parlamentarischen KPD. können also ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Der Kampf auf dem Sklavenmarkt.

Nach Außen Kriegspolitik, im Innern Sklavenwirtschaft, intensivste Ausbeutung der Proletarier. Das Kapital kennt keinen Burgfrieden, es kämpft rücksichtslos gegen die Hüter des Burgfriedens. Die Proletarier werden durch die Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften der Sklaverei in die Arme getrieben.

Das Prinzip des Kapitals ist die Unterdrückung jeder politischen revolutionären Regung, die entschiedene Lohnsklaverei. Die Illusion des Streiks um mehr Lohn muß mit Gewalt vernichtet werden. Aus der reformistischen Lebensfrage des Proletariats macht das Kapital seine Machtfrage.

Nach dem Schiedsspruch im Eisenbahnerkonflikt schreibt die „Zeit am Montag":

Berlin, 15. März. „Dem Vernehmen nach dürfte die Reichsbahngesellschaft den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers aus taktischen Gründen ablehnen, da ihr daran liegt, den Gewerkschaften unter keinen Umständen einen Prestige-Erfolg auch nur kleinsten Ausmaßes zu ermöglichen. Die im Verwaltungsrat maßgebende Schwerindustrie macht hier Lohnpolitik für ihre Privatwerke."

Das Kapital geht in Offensive vorwärts, und die kampfbegeisterten Arbeitermassen werden auf ihrem Posten vor jedem Angriff von den Gewerkschaften erwürgt. Der Eisenbahner-Streik wird langsam aber sicher erstickt. Die Machtfrage des Kapitals wird gelöst mit der Selbstvernichtung der Arbeiterschaft. Das Kapital sagt rücksichtslosen Kampf an, und diese Gewerkschaften rufen ihnen zu: Die Vorstände sind bereit, in neue Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministers eine erträgliche Regelung zu suchen.

Eine weitere Verbreiterung des Kampfes sowie Wiederaufnahme der Arbeit darf nur auf Weisung der Organisationsleitungen erfolgen."

Die solidarisch gesinnten Arbeiter haben zu schweigen, und die kämpfenden müssen zusammenbrechen und sich der Ausbeutung selbst austiefern, denn die Gewerkschaften wollen Frieden und die Mitglieder müssen gehorchen.

So endet jeder gewerkschaftliche Reformkampf mit größerer Ausbeutung.

Der Kampf um den Präsidentensessel.

Wohin wir sehen, überall der gleiche Vernichtungsprozeß. Das Kapital arbeitet mit Gewalt, — die Proletarier werden mit Geduld hingemordet. Wahlrummel mit Demonstrationen und Resolutionen, statt Organisation und Durchführung des Klassenkampfes.

Die KPD. setzt allem die Krone auf. Ein paar revolutionäre Phrasen, und der neue Heiland der deutschen Republik, der Kandidat Ernst Thälmann von der KPD. wird das Proletariat unter einem Glorienschein zu vereinigen suchen. „Wählt Thälmann und ihr seid gerettet!"

In Massen fallen die Proletarier auf dieses parlamentarische Gaukelmanöver herein.

Sollten sie nun nicht aufwachen?

Die Sprache der Bourgeoisie war deutlich genug. Den letzten Funken eines scheinrevolutionären Atems wird man mit blauen Bohnen zu vertreiben wissen.

Nur gehorsame, zahme Wähler kann man in diesem Staate gebrauchen. So ungefähr, wie in Halle, geht die Dressur für den neuen Sklavenstaat vor sich. Gegen solche Mittel wehrt sich die KPD. durch die Eroberung des Präsidentensessels, durch hohlängste Resolutionen an das Deutsche Parlament:

„Rücktritt der Minister, Bestrafung der Schuldigen usw."

Wer daran glaubt, der sieht die Tatsachen nicht. Das Kapital wird beweisen, wie es seinen Staat und die Minister mit denselben Gewaltmitteln zu schützen versteht, solange das Proletariat statt zu kämpfen, zu den Wahlurnen läuft, oder sich von seinen Gewerkschaften verraten läßt. Solange dient es dem Kapital als Kanonenfutter.

Der Imperialismus herrscht mit Gewalt.

Gewalt oder Untergang in die Sklaverei? so lautet die Frage für die Arbeiterklasse.

Die Märzrevolution und die Arbeiterklasse

(Schluß)

Die Vollstreckung der Verfügung (siehe vorige Nr.) wird wegen Reibungen im konterrevolutionären Lager vertagt. Aber der Leiter der Nationalwerkstätten, Emil Thomas, ein Demagoge und Bonapartist, wird am 25. Mai auf administrativem Wege nach Bordeaux verschickt. Ein Subjekt wird eingesetzt, das gegen die Arbeiter brutal vorgeht. Als Arbeiterdelegierte Aufklärung über diese Dinge verlangten, wirft ihnen der neue Kommandant der Nationalgarde Clément Thomas — der Teufel hat ihn in den Kommunekämpfen 1871 geholt — das Wort ins Gesicht: „Man wird euch die Anwort mit 500 000 Bajonetten geben!" In der Kammer werden Anträge auf Aufhebung des Streikrechts gestellt. Und so geht es weiter, bis am 21. Juni das Dekret gegen die Nationalwerkstätten durchgeführt wird.

Zu allen diesen Provokationen weiß Ede Bernstein nur zu sagen, daß die Bourgeoisie ihre Maßregeln nicht mit dem nötigen „Taktgefühl" durchgesetzt habe. Er hat kein Empfinden dafür, daß die Arbeiter vor die Entscheidung gestellt wurden: Hunger oder Kampf! Die Arbeiter kämpften. So kindisch die Auffassung ist, daß 50 000 Arbeiter die Waffen ergreifen und einen Heldenkampf auslechten, das fast ohne Beispiel in der Geschichte ist, nur weil sie von Phantasten und verbrecherischen Hetzern aufgeputscht seien, so sehr entbehrt sie nicht dazu des Scheins einer Berechtigung. Die Hetze wurde planmäßig von der Bourgeoisie getrieben. Die Klubs hatten auf die Junereignisse nur ganz geringen Einfluß.

Unvermeidlich also war dieser Kampf. In jeder Revolution hat sich das wiederholt: 1871, 1905. Waren die Kämpfe 1919 in Deutschland vermeidlich oder notwendig? Dank der alten deutschen Sozialdemokratie, Dank der Erziehungsarbeit der Bourgeoisie und Genossen war die Novemberumwälzung in der bürgerlichen Revolution stecken geblieben, die Nachgeburt von 1848 erblickte das Licht der Welt. Aber die Massen waren bewaffnet. Die Bourgeoisie, vertreten durch Ebert, Scheidemann und Noske, mußte die Entwaffnung durchsetzen, koste es was es wolle. Und diese Stellvertreter der Bourgeoisie provozierte die Arbeiter genau so plump wie ihre Vorbilder von 1848. Damals war Rosa Luxemburg gegen die Aufnahme des Kampfes (ebenso wie Blanqui im Mai 1848). Etwa, wei sie ihn für endgültig vermeidlich hielt? Nein, weil sie die Gewißheit hatte, daß bei kluger Taktik, welche die Aktionen dem Kräfteverhältnis anpaßte, verbunden mit eindringlichster revolutionärer Propaganda, der Kampf später unter viel günstigeren Bedingungen aufgenommen werden konnte. Es war 1919 wie 1848 die ungenügende Organisation des revolutionären Proletariats, die den Kampf unter ungünstigeren Bedingungen erzwang. Rosa Luxemburg hat im Januar 1919 die kämpfenden Arbeiter, trotz ihrer Bedenken gegen die Aufnahme des Kampfes, mit ihrer ganzen Energie unterstützt; und die instinktiven Sympathien der Arbeiter für die Junikämpfer von Paris entsprangen nicht nur dem Mitleid der Geschlagenen und dem Gedanken, daß sie Proletarier waren, sondern dem sicheren Gefühl für die historische Bedeutung ihres Kampfes.

Anstatt die historische Notwendigkeit der proletarischen Aktionen zu begreifen, anstatt den reaktionären Charakter der Bourgeoisie und ihrer Politik gegenüber dem Proletariat zu erkennen, macht Bernstein die revolutionären Arbeiter und ihre blanquistische Führung für den Sieg der Reaktion verantwortlich. Hätten die Arbeiter die Bourgeois-Republikaner nicht angegriffen, wären sie ruhige Bürger geblieben, dann wären jene Bourgeois auch nicht Konterrevolutionäre geworden und die Republik wäre gerettet gewesen. Es ist „logenhaft" zu sprechen, daß Bernstein solch tiefsinnigen „Marxismus" verzapfen konnte, nachdem er ein Jahrzehnt oder länger mit Altmeister Engels zusammengearbeitet hatte.

Natürlich führt diese Auffassung zu einer grundsätzlichen Verwerfung jedes revolutionären Kampfes, soweit er sich gegen die Bourgeoisie richtet. Damit stellt sich Bernstein aber auch grundsätzlich auf den historischen Boden der Bourgeoisie. Das geht so weit, daß er die Bourgeoisie auch moralisch rechtfertigen muß. In einer langen Auseinandersetzung weist er z. B. nach, daß ebenfalls der Barrikade nicht bloß Helden, sondern auch Schlappschwänze, auf der anderen Seite aber nur Helden gestanden haben. Und ganz besonders rechtfertigt er den Junischlächter Cavaignac. Ganz zu unrecht habe man diesen Mann beschimpft. Er sei ein wackerer Demokrat gewesen, und gewissenhaft registriert Bernstein, daß Cavaignac nach der Abschlachtung der Arbeiter weinend in der Ecke gesessen habe. Was will man auch? „Einer muß doch der Blutbund werden!" Schon 1896 hat Bernstein seinen Busenfreund Noske gerechtfertigt.

Seinen prinzipiell gegen die proletarische Revolution gerichteten Standpunkt faßt Bernstein in folgende Worte: „Die ersten Dekrete der siegreichen Februarrevolution bedurften garnicht der Einschnürzelung des „Rechtes auf Arbeit", um ihr den Charakter einer sozialen Revolution zu verleihen. Mit der Freigabe von Presse und Versammlungsfreiheit und der Verkündigung des allgemeinen Wahlrechts war die soziale Emanzipation des Proletariats bereits im Prinzip ausgesprochen. Es hing jetzt nur noch von der Intelligenz und Tüchtigkeit ab, sich der gegebenen Mittel zu bedienen, inwieweit und in welcher Zeit das im Prinzip Gegebene zur Verwirklichung gelangen sollte." Soweit also die Bedürfnisse der Bourgeoisie reichen, geht Bernstein durchaus mit, soweit ist er revolutionär. Aber von diesem Punkte an sieht er nur noch die starren politischen Formen, die ihm zum Fetisch werden. Er sieht nicht mehr die Klassengegensätze, nicht mehr die Macht der bürgerlichen Klasse, die sich außerhalb des Parlaments. Geleitet von dem Fetisch verschärft Bernstein seine Klassencharakter, er wird ihm zur simplen Demokratie, für deren ewige Herrlichkeit er schwärmt wie irgend ein Liberaler von 1848.

Preß- und Versammlungsfreiheit und ein bißchen allgemeines Wahlrecht, das genügt für die Arbeiterklasse. Damit hat sie zufrieden zu sein. Keinesfalls darf sie an den Sturz der Bourgeoisie denken. Die Parole heißt: „Emanzipation durch wirtschaftliche Organisation, und nicht: Emanzipation durch politische Expropriation." Wir haben Bernstein schon klagen gehört, daß die bösen Klubs durch ihr Geschrei den Börsendiskont herabdrückten. Hören wir nun, was er in seinen „Voraussetzung des Sozialismus" (Stuttgart 1899, Seite 31 bis 33) über den Terror und die kapitalistische Produktion sagt:

„Der Marxismus hat den Blanquismus erst nach einer Seite — hinsichtlich der Methode — überwunden. Was aber die Anderen, die Überschätzung der schöpferischen Kraft der revolutionären Gewalt für die sozialistische Umgestaltung der modernen Gesellschaft anbetrifft, so ist er nie völlig von der blanquistischen Auffassung losgekommen."

„Die Produktion und ihr Austausch waren in Frankreich von 1789—1794 zu mehr als neun Zehntel auf lokale Märkte beschränkt, der innere nationale Markt spielte, bei der geringen Differenzierung der Wirtschaft auf dem Lande, eine sehr untergeordnete Rolle. So arg daher der Schrecken hauste, so ruinierte er, was die industriellen Klassen anbetraf, die andere, die Lebensbedingungen der Sozialdemokraten: das nationale Wirtschaftsleben ward durch ihn nur sehr indirekt betroffen. Keine Sektion der in Produktion und Handel tätigen Klassen war als solche von ihm bedroht, und so konnte das Land ihn so ziemlich eine Weile aushalten, und wurden die Wunden, die er ihm geschlagen, schnell geheilt. Im Jahre 1848 dagegen hieß schon die Unsicherheit, in welche die Zusammensetzung der provisorischen Regierung und das Ausschieben und Gebahren der allmählig erscheinenden Klubs die Geschäftswelt versetzte, zunehmende Stillsetzung von Produktionsbetrieben und Lähmung von Handel und Verkehr. Jede Steigerung und jeder Tag Verlängerung dieses Zustandes hieß immer neuer Ruin, immer neue Arbeitslosigkeit, bedrohte die ganze der tätigen Bevölkerung der Städte und zum Teil auch schon des flachen Landes mit enormen Verlusten."

„Von einer Expropriation der groß- und kleinkapitalistischen Produktionsleiter konnte keine Rede sein, weder war die Industrie entwickelt genug dazu, noch waren die Organe vorhanden, die ihre Stelle übernehmen konnten. An die Stelle erfahrener Geschäftsleiter wären eventuell Neulinge getreten, mit allen Schwächen des Dilettantismus. Kurz, eine Politik nach dem Prinzip des Schreckens von 1793 war das Sinnloseste und Zweckwidrigste was man sich denken konnte, ein Verbrechen, für das bald genug Tausende von Arbeitern mit ihrem Leben, andere Tausende mit ihrer Freiheit büßen sollten. Marx und Proudhon schilderten fast gleichzeitig den Verlauf der Februarrevolution als einen Geschichtsvorgang, bei dem jeder besondere Abschnitt eine Niederlage der Revolution darstellt. Aber anders wie Proudhon sah Marx gerade in der Erzeugung der Konterrevolution den revolutionären Fortschritt, erst durch Bekämpfung dieser, schrieb er, reife die Umsturzpartei zur wirklich revolutionären Partei heran. Daß er sich dabei in der Zeitschätzung getäuscht hatte, sah Marx bald genug ein, aber den prinzipiellen Irrtum, der dieser Voraussetzung zu Grunde lag, sehen er nie vollständig erkannt zu haben, und ebensowenig hat ihn Engels im Vorwort zu den „Klassenkämpfen" aufgedeckt."

Hier ist die Revolutionsfeindschaft bis in die Wurzeln bloßgelegt, denn was Bernstein hier schrieb, ist am Ende das Motiv für die Revolutionsfeindschaft der Sozialdemokraten: Die Revolution ist das Werk der proletarische Terror lähmen die wirtschaftlichen Funktionen und sie zerstören Teile der Wirtschaft. Das muß verhindert werden, das ist nicht zu verantworten für einen wohlerzogenen Staatsbürger und „Marxisten". Deshalb keine Revolution, sondern Kampf gegen die Revolution. Deshalb kein proletarischer Terror, sondern Terror gegen das Proletariat. Es ist die Furcht vor den Kosten der Revolution, die jene Sozialdemokraten zwingt, alle wahnwitzigen Kosten der Revolution auf das Proletariat zu wälzen. Und auf die Sozialdemokraten die Opfer des Befreiungskampfes scheuen, zwingen sie dem Proletariat die ewigen Monopolpreise der kapitalistischen Sklaverei auf. „Wohl gegen Monopolpreise muß man darin ergeben, liebe Spießbürger oder übel müssen wir uns darin ergeben, liebe Spießbürger zu sein." Bernstein zitiert dieses Wort Proudhons mit halber Zustimmung. Das typische Kennzeichen für den Spießbürger ist die Furcht vor der Verantwortung. Um so gefährlicher aber wird er, wenn ihm erst die Unterlassung der revolutionären Tat zur Begehung der konterrevolutionären Untat zwingt. Der Terrorist Noske war die notwendige Ergänzung des Fastenpredigers Bernstein.

Und nun vergegenwärtige man sich, daß solche Auffassungen jahrzehntelang in der deutschen Sozialdemokratie unangefochten vertreten werden konnten. Mußte die Sozialdemokratie nicht allein durch den Weg gehen, den sie seit Kriegsausbruch, seit dem 4. August 1914 gegangen ist? Von der Rechtfertigung Cavaignacs bis zur Tat Noskes ist nur ein Schritt.

Ebert's „bedeutungsvolles Geschichtswerk"

Das Vermächtnis eines Kleinbürgers

I. (Schluß.)

Meine Rede im Treptower Park

diente dem gleichen Bestreben. Das Oberkommando in den Marken hatte jede geordnete Versammlungsmöglichkeit unterbunden. Der „Vorwärts" war verboten, das Gewerkschaftshaus geschlossen, selbst die darin befindlichen Gewerkschaftsbureaus mußten geräumt werden. **Die Streikenden sind

Selbstverständlich waren in der Versammlung auch viele sozialdemokratische Arbeiter, die meinen Ausführungen, namentlich, soweit sie die Landesverteidigung betrafen, zustimmten. Wenn Beifall gespendet wurde, so kann er also von dieser Seite, wie andererseits der Widerspruch aus dem Munde der radikalen Arbeiter kam. Es ist ja durchaus nichts Ungewöhnliches, daß ein Redner in derselben Versammlung Widerspruch und Beifall erhält. Auf eine Aenderung meiner Grundanschauung kann daraus unmöglich geschlossen werden.

Was das am Mittwoch, den 30. Januar 1918, beschlossene und herausgegebene Flugblatt anlangt, so habe ich bereits in der ersten Instanz ausgesagt, daß ich mich seiner nicht erinnere.

Nach Aussage des Zeugen Richard Müller soll die Sitzung, in der es beschlossen wurde, am 30. Januar 1918 abends in einer Küche in Treptow abgehalten worden sein. Nach sorgfältiger Prüfung meines Gedächtnisses erkläre ich heute, daß ich überzeugt bin, an dieser Sitzung überhaupt nicht teilgenommen zu haben. Am 30. Januar abends fand eine gemeinsame Konferenz des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei mit dem Parteiausschuß statt. In der Regel ging diesen gemeinsamen Konferenzen eine besondere Sitzung des Parteivorstandes vorher, in der dessen Stellung zu den mit dem Parteiausschuß zu beratenden Angelegenheiten festgelegt wurde. So ist nach meiner Erinnerung auch am Nachmittag des 30. Januar verfahren worden. Diese Sitzungen sind stets von mir vorbereitet und geleitet worden. Bestimmt erinnere ich mich, daß die gemeinsame Konferenz des Parteivorstandes mit dem Parteiausschuß von mir geleitet wurde, und daß ich dort einen ausführlichen mündlichen Bericht über die politische Lage gegeben habe.

Diese Sitzung begann gegen 7 Uhr abends und endete gegen 11 Uhr. Ich habe bis zum Schluß an ihr teilgenommen. Kann also unmöglich zur gleichen Zeit in jener Treptower Küche gewesen sein, in der das Flugblatt beschlossen wurde.

Zu meiner Rede im Reichshauptausschuß am 22. Januar betone ich, daß ich mich nicht, wie das Urteil annimmt, zu dem Wortlaut des Protokolls bekannt habe. Ich habe im Gegenteil in meiner Vernehmung vom 24. November 1924 ausdrücklich gesagt, **daß ich mich auf den Wortlaut in keiner Weise festlegen kann.** Diese Protokolle sind, wie übrigens auch der Zeuge Ackermann bekundet hat, nicht wörtlich mitstenographiert, sondern nur ungefähr sinngemäß Aufzeichnungen überhaupt durchsehen, sich auf ganz notwendige Korrekturen beschränken. **Ich muß also die Verantwortung für den Wortlaut des Protokolls meiner Rede vom 22. Januar ablehnen. Es kann nicht als wirkliche Wiedergabe meiner Rede angesehen werden.** In dieser habe ich mich sinngemäß dahin ausgesprochen, daß auch die deutsche Arbeiterschaft einen baldigen Frieden unter Verzicht von Annexionen wünschte und insofern dem Protest der österreichischen Arbeiter gegen die Annexionspolitik zustimme. Wenn ich mich, was möglich ist, scharf ausgedrückt habe, so ist dies zu erklären durch die schwere Sorge, die mich damals angesichts der verzweifelten Ernährungslage und der annexionistischen Bestrebungen erfüllte. **Da die Sitzung streng vertraulich war, konnten ungünstige Folgen für die Oeffentlichkeit nicht erwachsen."**

*

Dieses „Geschichtswerk" stellt nach dem „Vorwärts" vom 11. März (Abendausgabe) eine ruhige und überlegene Abwehr der auf Grund kommunistischer und nationalistischer Zeugenaussagen vor dem Schöffengericht konstruierten Anklage des Landesverrats dar.

Weiter berichtet der „Vorwärts" am selben Abend:

„General Gröner (es ist dies der berüchtigte Hundstoßtrupp-Gröner. Die Red.) der frühere Chef des Kriegsamtes und spätere Generalquartiermeister, legte wie im ersten Prozeß, so auch heute wieder Zeugnis ab für die Reinheit der Gesinnung und die Unbeirrbarkeit der Ueberzeugung Eberts in Bezug auf die Landesverteidigung."

Wahrlich, eine herrliche Gestalt von Arbeiterführer. Eine proletarische Jugend, die sich an solch einem „Helden der Arbeiterklasse" ein Vorbild nehmen würde, wäre wert, eingestampft zu werden.

Produktionskontrolle der K.P.D. bei den Deutschen Werken

Um Interesse an der Erhaltung der Lohnsklaverei zu erwecken, muß man ab und zu durch einen Mißton im harmonischen Glockengeläut eine scheinbare Bewegung anzeigen. Die Betriebsräte müssen ab und zu durch eine Parole der Zellentaktiker, in die Erinnerung der Arbeiter zurückgerufen werden.

Um überhaupt anzudeuten, daß die revolutionären Betriebsräte der KPD., die Zellen im Betrieb etwas wollen, abgesehen davon, daß das, was sie wollen, Unsinn ist, muß von Zeit zu Zeit eine alte oder neu erfundene Parole wieder aufgezogen werden.

Das durch den Reformismus der Gewerkschaften halb eingeschläferte Proletariat muß ab und zu mal wieder von einem neuen Aufzug auf dem Schauplatz des Reformismus interessiert werden. Die KPD., die ein großes Interesse an der Erhaltung der Gewerkschaften hat, muß durch ihre Betriebszellen natürlich den Massen in Erinnerung bringen, daß sie als „revolutionäre" Partei innerhalb der Gewerkschaften den Willen hat, auch etwas am Kapitalismus zu ändern.

Die SPD. spricht offen und ehrlich aus, daß sie garnicht den Willen hat, etwas an der bestehenden Gesellschaftsordnung zu ändern, daß es ganz unmöglich ist, etwas ändern zu können, d. h. durch den Reformismus) und daß es sich lediglich darum handeln könne, durch Vereinbarungen mit dem Kapital die Lebenslage der Arbeiter zu regeln.

Die KPD. darf diese Ohnmachtserklärung der Gewerkschaften noch nicht zugeben. Sie nennt sich ja die revolutionäre Partei des Proletariats. Sie muß den Bernsteinschen Reformismus in ein interessanteres Licht rücken.

Alle Proletarier der Revolutionszeit haben, die jüngste Etappe dieses Reformismus mit erlebt, sie müßten sich daraufhin eigentlich von der Praxis ein eigenes Urteil fällen können. Die ganze gesetzliche Betriebsrätebewegung, diese jüngste Etappe des gewerkschaftlichen Reformismus ist es, auf die die KPD. in der augenblicklichen Zeit der Neuwahlen die Massen der Arbeiterschaft wieder aufmerksam machen muß.

Der Kapitalismus hat mit ihnen tabula rasa gemacht und sie im Lande Hirgendwo untergehen heißen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, die Ueberbrückung der Klassengegensätze durch die Betriebsräte hat die Macht des Kapitals so in den Sattel gehoben, daß die Verelendung des Klassenkampfes nicht mehr nötig und auch nicht mehr möglich ist.

Die Macht des Kapitals drückt sich in seinem absoluten Diktat über die Arbeiterklasse aus, und die Massen des Proletariats werden über die verhandelnden Betriebsräte hinweg hilflos zu planlosen Kämpfen, zu direkten Abwehrkämpfen gezwungen.

Alle die vermittelnden Rechte, die die Betriebsräte als scheinbare Errungenschaft mit den Pflichten (den Betrieb des Kapitalismus vor Erschütterungen zu bewahren, die Lohnsklaverei aufbauen zu helfen.) hatten, sind zerschmolzen,

Nowawes

Oeffentl. Versammlung

Freitag, den 20. März, abends 7½ Uhr

im Kiemms Festsäle

Thema:

Eisenbahnerstreik — Präsidentenwahl — Was tun?

Klassengenossen erscheint in Massen

und die Instrumente der Gewerkschaften stehen vor dem Nichts.

Ihnen gegenüber steht der gefestigte Kapitalismus, der versucht, seine Krise durch die Ausbeutung der entseelten Lohnsklaven aus der Welt zu schaffen.

Immer neue Kapitalsverschiebungen, immer neue Spekulationsmotive und immer schärfere Ausbeutungsmethoden treten auf den Plan.

In diesem Ringen glaubt die KPD. an Stelle der SPD. die Position retten zu müssen. Die Eroberung der Massen, die Eroberung der Gewerkschaften muß mit allen Mitteln bewerkstelligt werden, koste es was es wolle und sei es die Aufgabe des Klassenkampfes: „Die zerrüttete Produktion der Ausbeutungswirtschaft muß vom Betriebsrat kontrolliert werden!" „Aufbau der Produktionskontrolle!"

Diese Parole der 3. Internationale, die 1922—23 bei der Verschacherung der deutschen Kulis durch die deutsche Großindustrie in Rheinland-Westfalen, im Ruhrgebiet, ihre ganze Lächerlichkeit bewies, wirkt heute nicht weniger lächerlich.

Heute ebensowenig wie zu jeder anderen Zeit wird sich das Großkapital durch den Nachweis seiner Unehrlichkeit und Ungerechtigkeit von Seiten der KPD. von seiner Handlungsweise abhalten lassen. Mit Statistiken über die Machtentfaltung des Kapitals läßt sich das Kapital nicht davon abhalten, die Ausbeutung des Proletariats noch zu vergrößern.

Alle Kontrolle, und sei sie auf die kleinsten Einzelheiten der kapitalistischen Produktion und des Warenmarktes eingestellt, muß nur feststellen, daß die Macht zur Ausbeutung der Imperialismus, der Staat durch eine Kontrolle nicht gestürzt werden kann. Dazu gehört die Macht, die Diktatur der Arbeiterklasse.

Interessant ist ein kleines Beispiel, in dem man versucht, die Parole der Produktionskontrolle in Anwendung zu bringen. Die Deutschen Werke, ehemalige Munitions- und Waffenfabriken, die in verschiedenen Orten im Reich große Produktionsstätten haben, sind im Begriff, in die Hände der deutschen Großindustriellen überzugehen. Die Aktienkapitale dieser Ausbeutungsstätten sind teilweise schon in den Händen der Großindustrie. Im übrigen steht fest, daß es ganz gleich ist, ob wir es mit Privat- oder Staatskapitalismus zu tun haben, bestimmend ist das konzentrierte Großkapital.

Ehe diese Produktionsstätten in die Hände der privaten Schwerindustrie übergehen, wird eine Spekulationsbewegung einer Unrentabilität inszeniert.

Die Existenzbedingung ist diesen Werken scheinbar geraubt. Die Gewerkschaften und die KPD. in der „Roten Fahne", vom Donnerstag, müssen das durch ihre Kontrolle feststellen, und für die Existenzbedingung dieser Ausbeutungsstätten eintreten. Die Werke sollen angeblich geschlossen werden. Die Arbeiter werden „aufgerufen", dazu Stellung zu nehmen. In Betriebsversammlungen werden durch die gesetzlichen „Kontrollausschüsse" die Betriebsräte, Resolutionen und Beschlüsse für die Rettung der Werke durchgedrückt, die Betriebe, wie die Schwerindustrie, mit Staatskrediten zu unterstützen.

Die „Rote Fahne" schreibt:

„Die Belegschaft der Deutschen Werke, Abteilung Spandau-Haselhorst, hat sich, wie schon kurz gemeldet, in überfüllten Betriebsversammlungen gegen die Verschacherung der Staatsbetriebe an das private Schwerkapital ausgesprochen.

Desgleichen hat die Belegschaft der Abteilung München der Deutschen Werke in einer Betriebsversammlung schärfsten Protest gegen die Schließung des Münchener Werkes erhoben.

Spandau wie München fordern in Resolutionen Reichskredite für die Fortführung der Deutschen Werke.

Es ist selbstverständlich, daß das Reich, das 715 Millionen Mark aus den Steuergroschen der Arbeitenden für die Schwerkapitalisten an der Ruhr übrig hat, Staatskredite seinen eigenen Werken geben muß. Doch die Bürgerblock-Regierung denkt nicht daran, Gelder für die reichseigenen Werke im Interesse der Arbeiterschaft locker zu machen. Schwerkapital und Bürgerblock-Regierung stehen auf dem Standpunkt, den am schärfsten die „Berliner Börsenzeitung" in ihrer Morgenausgabe vom Mittwoch formuliert: daß die Staatsbetriebe dem selbstverständlichen Zugriff des Privatkapitals unterliegen."

Den Schluß bilden noch folgende praktischen Vorschläge:

„Was den Deutschen Werken fehlt, ist Geld für moderne Maschinerie. Das muß beschafft werden. Aber es darf nicht gegeben werden in die Hände derer, die bisher die Deutschen Werke zu Tode saniert haben. Der Generaldirektor Henrich ist nach seinem Mißerfolg bereits zurückgetreten; die übrigen Direktoren sind genau so privatkapitalistisch eingestellt, wie es der Generaldirektor gewesen ist.

Das Geld, das zum Ausbau der Deutschen Werke noch erforderlich ist, muß unter der Kontrolle des Gesamtbetriebsrats verwaltet und angelegt werden. Die Arbeitsbedingungen müssen vom Betriebsrat kontrolliert werden, damit die moderne Maschinerie die Arbeiten nicht noch mehr verteuert. Die Belegschaften der Deutschen Werke, die mit Recht den Kampf um den Staatsbesitz in die Hand genommen haben, müssen das durchsetzen, wenn sie wollen, daß von der bankrotten Ebert-Sozialisierung ein erster Schritt zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Interesse der Werktätigen getan werde."

So ungefähr denkt sich die KPD. die Einführung des Kommunismus durch die Aufrechterhaltung und Kontrolle staatlicher Ausbeutungsstätten.

Nirgends ist wohl die Methode der Ausbeutung der Arbeiter größer gesteigert als in den Deutschen Werken. Die Arbeiter sind hier die Versuchskaninchen des Einführungs des Fordsystems. Die Ausbeutung der Arbeitskraft in der Produktion von Motorrädern ist so erheblich gesteigert, daß die übrige Industrie den Deutschen Werken ein Preisdiktat auferlegen mußte.

Das Großkapital hat alles Interesse daran, diese Produktionsstätten in seine Hände zu bekommen. Es wird ihm auch gelingen, trotz der illusionären Entschließungen der proletarischen Kontrollausschüsse. Vorerst wird man aber versuchen, mit Hilfe der Betriebsräte vom Staat ein Kredite einzustecken.

Dieser Betrieb wird zu einem Musterbetrieb kapitalistischer Ausbeutung gemacht werden, mit dem die anderen Proletarier in die gleiche Bahn getrieben werden.

Den Glauben zu erwecken, mit der Kontrolle in das Produktionsgetriebe eindringen zu können, stärkt durch die Ablenkung von der Wirklichkeit der Zertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Reaktion.

Ausland

„Stilles Heldentum"

Auch in unseren Reihen wird häufig die Frage über den Wert der bewußten Erkenntnis und dem mehr gefühlsmäßigen Handeln im Klassenkampf aufgeworfen. Aber gerade das Verhalten der Mitte des Sumpfes der Arbeiterbewegung im internationalen Maßstabe zeigt, daß erst das revolutionäre Fühlen die klare Erkenntnis heranreifen läßt. Oder klarer gesagt: Es gibt Menschen, die trotz klarster Einsicht in die Verhältnisse aus ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klassenschicht oder aus sonstigen seelischen Gründen nicht kämpfen wollen, sondern immer wieder die Formel, um das Ausweichen vor dem Kampfe zu begründen, finden.

In dem „The New Leader" Nr. 7, 13. Februar 1925, finden wir zwei kurze Artikel, die das eben Gesagte gut illustrieren. Die eine Notiz heißt: Macdonald und die Liga. Mit dem Brustton des Gerechten weisen die Herren der ILP. nach, daß Mac Donald auf dem Boden des Genfer Protokolls steht, und sofort auf der anderen Seite bittet, vom Völkerbund in seinen Kindheitstagen nicht allzuviel zu verlangen: „nicht das Babi mit Beefsteak zu füttern". Wenn wir selber in einer Frage des wirtschaftlichen Imperialismus, wie es die Sudanfrage ist, uns nicht hinelnreden lassen wollen, so sagen sie mit frommem Augenaufschlag: „Wie kann man von andern erwarten, daß sie gehorchen." In einem größeren Artikel: „Das Schlachtschiff und das Slum" — unter Slum versteht der Engländer die im Schmutz und schlimmsten Wohnungselend verfallenden Arbeiterviertel — befaßt sich Brailsford mit den beiden Genossen des heutigen Verfalls. Der Hunger, der Unterverbrauch der Arbeiterklasse ist es, welche den Kapitalisten zwingen, mit Eisenbahn, mit Kapitalsanlagen ins Ausland zu gehen und es folgt der Admiral auf dem Schlachtschiff, um die Interessen seiner Kapitalisten zu schützen. Die Regierung ist nur der gehorsame Diener in den Händen dieser Räuber. Die Zusammenhänge sind unseren Lesern bekannt und Brailsford bei seinem Aufenthalt in der Türkei hatte genügend Gelegenheit, die Praktiken des europäischen Kapitals an der Quelle zu studieren. Aus seinen trefflichen Ausführungen sei nur das Zitat einer Rede Josef Chamberleyns wiedergegeben: „Groß-Britannien ist ein Handelsstaat . . . Es ist durch den Handel geschaffen, auf den Handel basiert und würde nicht einen Tag ohne den Handel existieren. . . Aus diesen Gründen unter anderem, würde ich niemals den eisernen Griff lockern, den wir auf unserer großen indischen Kolonie halten. Bei weitem unser größter und wertvollster Kunde, den wir besitzen und je besitzen werden. Aus denselben Gründen bin ich für die fortgesetzte Besitznahme von Aegypten. . . Und aus denselben Gründen, daß ich dafür eintrete, daß unsere Flotte immer weiter ausgebaut wird, bis unsere Seehoheitsstellung so gesichert ist, daß wir in unseren Besitzungen nicht erschüttert werden können, auch nicht in irgend einer, welche wir noch ergreifen werden."

Er weist ziemlich zum Schlusse noch wieder auf die neuerdings in Angriff genommene Befestigung in Singapore hin und schließt mit den Worten:

„Solange das Privatkapital zum Schutze seiner Interessen die Schreiber des Außenministeriums anrufen kann und mit ihnen den Admiral der Flotte, so lange wird das Kapital den Militarismus groß füttern und Kriege vorbereiten."

Dieser selbe Brailsford schließt seinen Leitartikel: „Die Gefahr am Rhein", indem er die Nervosität des militärisch übermächtigen Frankreich feststellt, indem er feststellt, daß Herriot in einer „beklagenswerten" Rede für die Sicherheit Frankreichs allein die Rheingrenze gelten läßt, in der Herriot bedauert, daß die Alliierten den Kaiser nicht haben hängen lassen. In diesen wenigen Monaten der Regierung, — o Demokratie, wohin bist du entschwunden. Und Brailsford, der einige Seiten vorher festgestellt hat, besser als wir es könnten, warum der Kapitalismus aus seiner innersten Natur heraus so blutgierig sein muß, warum er ohne jedes Erbarmen zu Hause und Uebersee die Ausbeutung, das heißt den Klassenkampf auf die Spitze treiben muß, schließt heißt den Klassenkampf auf die Spitze treiben muß, schließt jetzt: **„Unsere Aufgabe muß es sein, gegen diese gefährlichen reaktionären Vorschläge eines einseitigen Abkommens das breite Vertrauen des Genfer Protokolls zu setzen. Es ist auf breite Verhandlungen gegründet und ebnet den Weg für Abrüstungen und schließlich das Protokoll allein wird gegenseitige Sicherheit und Gerechtigkeit aufbauen."**

Wahrlich, die Götter der 2. Internationale sind sich alle gleich.

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTFALEN.

Düsseldorf. Anläßlich der am 22. März 1925 in Düsseldorf stattfindenden Bezirks-Konferenz der KAJ. findet am Sonnabend, den 21. März 1925, abends 6 Uhr, in der Bücherstube der „Abtrünnigen", Schirmer-, Ecke Beuthstraße, ein öffentlicher Vortrag statt.

Thema: Jugend und Revolution. Alle Genossen und KAZ.-Leser bitten wir, für diese Veranstaltung die rührigste Propaganda unter den Jugendlichen zu entfalten, und wenn möglichst, selbst zu erscheinen.

Die Bezirksleitung der KAJ., Rheinland-Westfalen.

GROSS-BERLIN.

Achtung! Konstituierte Sitzung aller Ausschüsse der KAP. und AAU., sowie der Jugend, am Freitag, den 20. März, abends 7 Uhr, Gipsstraße 23.

Achtung! Referenten und sämtliche Diskussionsredner, neuer Erscheinen zu der oben angezeigten kombinierten Ausschußsitzung ist unbedingte Pflicht.

3. Unterbezirk (Wedding). Am Montag, den 23. März 1925, Zusammenkunft aller Parteigenossen im bekannten Lokal, abends 7½ Uhr. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Bekanntgabe und organisatorische Vorbereitung der Versammlung Pharussäle 142 am 26. 3. 1925.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Mittwoch, den 25. 3., abends 7½ Uhr, **Mitgliederversammlung** in der Schule, Quedlingbeckstraße 32. Alle Genossen müssen erscheinen. — Mitgliedskarte vorzeigen!

15. Unterbezirk der AAU. (Köpenick). Die Mitgliederversammlung findet in dieser Woche Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr, statt. Lokal: Augustin, Köpenick, Kirch-, Ecke Rosenstraße. — Die Parteigenossen haben vollzählig zu erscheinen.

16. Unterbezirk (Köpenick). Die Genossen treffen sich am Sonntag, den 22. März, vormittags 9½ Uhr, am Bahnhof Adlershof zur Kranzniederlegung für die revolutionären Opfer des Kapp-Putsches.

Ortsgruppe O. Hennigsdorf (Lokomotivfabrik.) Am Freitag, den 20. März, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal „Drei Linden" in Hennigsdorf eine öffentliche Betriebsversammlung statt. Tagesordnung: Betriebsratswahlen oder revolutionäre Betriebsorganisationen. Proletarier, Klassengenossen der AEG. Hennigsdorf, erscheint in Massen.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 22

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

März 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Sieg der Gewerkschaftsbesitzer

Eindringliche Lehren des Eisenbahnerstreiks

Proletarier, seht dieser Niederlage offen in's Gesicht und lernt aus ihr!

Enttäuscht, wie schon so oft, kehrt eine neue Arbeiterschicht in ihre Fronstätten zurück. Bei Tausenden und Abertausenden reift die Erkenntnis, daß mit den Gewerkschaften aller Schattierungen nichts mehr zu machen ist. Dieser richtigen Erkenntnis darf aber nicht die negierende Gleichgültigkeit folgen, sich nun um nichts mehr zu bekümmern.

Es heißt für die geschlagenen Eisenbahner jetzt, sowie für das gesamte Proletariat zu erkennen, warum die Gewerkschaften, die doch diesmal eine Einheitsfront bildeten von den Gelben bis zu den „Roten", nicht mehr für die Klassenkämpfe des Proletariats in Frage kommen können. Es heißt für die Eisenbahner sowie für das gesamte Proletariat die Ursachen seiner fortgesetzten Schläge zu erkennen. Nur wenn die Ursache blosgelegt und erkannt wird, wird es möglich sein, die Voraussetzungen für den zukünftigen Klassensieg zu schaffen.

Wer die Streikbewegung der Eisenbahner verfolgte, glaubte sich ins Zeitalter der Landpost zurückversetzt.

Als wenn es keine Telegraphie, keine Post, keine moderne Verkehrsmittel gab, so langsam verbreitete sich der Streik. Erst in Leipzig, dann endlich in Dresden. Nach einer Woche der sächsischen Gütertarifer nahm man schon in Berlin in etlichen Versammlungen Stellung. Wohl kargte man nicht mit Sympathiekundgebungen, doch diese sind recht billig. Der ganze Streik war von Anfang an ein totgeborenes Kind.

Die unmenschliche Arbeitszeit, an vielen Stellen 16 Stunden, die geradezu hundsföttische Entlohnung, die Drangsalierungen, die Schikanen, alles zusammen schufen die Stimmung, die zur Explosion drängte. Dazu kam die ablehnende Haltung der Reichsbahngesellschaft betreffs der Verhandlungen über die geringfügigen „Forderungen" der Eisenbahnergewerkschaften.

Die Gewerkschaften selbst sind zahlenmäßig nicht allzustark vertreten. Sie wurden von der Gesellschaft etwas herablassend behandelt. Ihr Prestige war in Gefahr und damit eventuell auch ihre eigene Existenz. Die zur Explosion drängende Stimmung unter den Eisenbahnarbeitern war ihnen, den „Altbewährten" gerade recht. Um zu beweisen, daß sie die Massen noch immer in der Hand haben, stellten sie sich sofort an die Spitze der ausbrechenden Teilstreiks, um sie wie stets in die geordneten Bahnen zu lenken, also langsam aber sicher abzuwürgen.

Während man in den Streikversammlungen radikale Schaumschlägereien veranstaltete, sagte man in den Verhandlungen und im Reichstag worauf es ihnen eigentlich ankommt. Offen sprach es Schumann, der SPD.-Redner und Transportarbeiterführer aus:

„Wir wollen für die Eisenbahner nur 3 Pfg. die Stunde!"

In den Streikversammlungen dagegen sagte man, es geht um den Achtstundentag, es geht um 25 v. H. Lohnerhöhung und wer weiß was sonst noch. Um die Unorganisierten wieder zu ködern, wurden sie mit auf die Streikunterstützungslisten gesetzt, erhielten auch Unterstützung. Da man dieses natürlich nicht aus den eigenen Kassen begleichen konnte, wurden andere Güterbodenbelegschaften, die die Tatsolidarität als dringendes Gebot der Stunde erkannten, davon zurückgehalten, weil man ihre Geldsolidarität für richtiger hielt im Interesse der Schonung der Gewerkschaftskassen. Dieser geradezu höhere Blödsinn, den diese Bewegung der Eisenbahnarbeiter als Gesamtbild darstellte, erregte das sichtbarste Vergnügen der gesamten Bourgeoisie. Die bürgerliche Pressemeute hatte nichts, garnichts gegen den Eisenbahnarbeiterstreik einzuwenden. Was der „Schwere moralische Niederlage" der Reichsbahnverwaltung bezeichnet.

Wie eine Verhöhnung wirkt die Kundgebung der Eisenbahnerorganisationen, die wir folgend widergeben:

„Kundgebung der Eisenbahnerorganisationen.

Kollegen! Die Entscheidung über den Ausgang des Kampfes um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit ist gefallen. Der Schiedsspruch wurde am 19. März 1925 vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Organisationen bringen hiermit zum Ausdruck, daß sie sich in Beachtung der gesetzlichen Einrichtungen dieser Zwangseinigung fügen.

Hiermit fordern die Organisationen die streikenden Eisenbahner auf, sich

geschlossen und in würdiger Form

zum Dienstantritt zu melden. Nähere Anweisungen erteilen die zuständigen Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen.

Die Organisationen haben sich nach Kräften bemüht, durch Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn und vor dem Schlichter die erhobenen Forderungen zur vollen Durchführung zu bringen. Das scheiterte an der Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Der Schiedsspruch bringt nur einen

Teilerfolg auf materiellem Gebiet, aber einen vollen Erfolg in moralischer Hinsicht.

Nicht geschlagen und entehrt nehmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Sie können erhobenen Hauptes in die Betriebe zurückkehren, geleitet von der Sympathie aller rechtlich Denkenden.

Die ausgebrochenen Streiks sind damit beendet. Der Kampf für die materielle und soziale Besserstellung der Arbeitnehmer tritt nunmehr in ein anderes Stadium. Die Organisationen werden nicht ruhen und rasten, der ehrlichen Arbeit die gebührende Anerkennung zu erringen und zu sichern. Ihre Stärkung ist dazu Voraussetzung.

Deutscher Eisenbahnerverband. gez. Schellel.
Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner. gez. Rimmele.
Allgemeiner Eisenbahnerverband. gez. Skarupke."

Der Aufruf spricht aus, worin die Ursache der Niederlage der proletarischen Klasse seit 1918 zu suchen ist. Die „Klassenkampfgewerkschaften" erklären ganz deutlich, daß sie sich den gesetzlichen Einrichtungen der kapitalistischen Republik fügen. Sie dokumentieren damit offen, daß sie ein Stück dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind.

Die Eisenbahner müssen, sowie das gesamte Proletariat, erkennen, daß es nicht ihre Aufgabe sein kann „moralische Siege" als Gruppe zu erringen um dadurch einem Beamtenheer von Angestellten eine gute bürgerliche Existenz zu sichern. Sie müssen erkennen, und daß ist nicht schwer, daß ein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit durch Gesetze nicht geschaffen werden kann. Es ist weiterhin Lüge, wenn von der Möglichkeit der Erringung des Achtstundentages gefaselt wird, ebenso von der Sicherstellung der Existenz des Proletariats als Klasse im Kapitalismus.

In der Klassengesellschaft des Kapitalismus gilt das Proletariat als der Profiterzeugende Faktor und nicht als Mensch. Die Gewerkschaften sind in dieses Profitsystem so hineingewachsen, wie die Laus in den Schorf. Sie wollen nur und können nur auf kapitalistischer gesetzlicher Grundlage regulierend, vermittelnd eingreifen. Sie wollen gefragt sein bei der Niederkrüttelung der zur Verzweiflung getriebenen proletarischen Sklavenbataillone. Sie leben davon. Das ist ihre Existenz. Und das ist das beschämende und schier unbegreifliche und noch nie dagewesene in der Menschheitsgeschichte, daß die modernen Sklaven ihre eigenen Henker direkt selbst bezahlen.

Diese so offen zu Tage tretende Tatsache wird mit allen Mitteln versucht zu vertuschen. Und, was den Gewerkschaftsbesitzern von der SPD. nicht gelingt, holen mit hysterischem Geschrei die Anwärter auf den Gewerkschaftsbesitz, die KPD. nach. Sie schieben den offenen und stets immer wieder notwendigen Verrat auf die schlechten Personen und nicht auf das System. Sie stellen sich dadurch theoretisch in Reih und Glied der vereinigten Konterrevolution. Praktisch hat es diesmal sogar schon der Freie Eisenbahnerverband, dieses pseudokommunistische Gewächs, getan.

Für die geschlagenen Eisenbahner heißt es, der Niederlage trotzig ins Gesicht zu sehen und endlich die Lehren aus diesem Kampf zu ziehen.

Was sie am Sonntag, den 15. März, in ihrer Versammlung erkannten und auch aussprachen, nämlich sich zur Klassenkampforganisation zusammenzuschließen in den Betrieben, muß geschehen. Die revolutionären Betriebsorganisationen sind die Klassenkampfwaffe des Proletariats. Ihr Ziel ist die Eroberung der Produktion und die Umgestaltung der Profitwirtschaft in die Bedarfswirtschaft. Frei von jeder berufsegoistischen Einstellung, frei von jeder bürgerlichen, gesetzlichen Bindung, sind sie in den Händen des klassenbewußten Proletariats die geschichtlich bedingte scharfe Waffe, mit der es möglich sein wird, das Proletariat für sein Klassenziel zur Tat aufzurufen und nicht nur moralisch zu siegen.

Der Zusammenschluß zu revolutionären Betriebsorganisationen bedingt naturnotwendig die Zerschlagung des „Dammes gegen die bolschewistische Flut", der Gewerkschaften. Die Lehre des Eisenbahnerstreiks muß in den Ruf münden:

„Heraus aus den Orgesch-Gewerkschaften! Schließt euch zusammen zu revolutionären Betriebsorganisationen, um die Voraussetzungen für die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats zu schaffen."

Präsidentenwahl

Der neue Wahlkampf um die Besetzung des Reichspräsidentensessels hat begonnen. Nach amerikanischem Muster, wie sich die bürgerlichen Zeitungen ausdrücken, wird dieser Rummel eingeleitet. Die gesämte Presse, von der bürgerlichen bis zur KPD, bemüht sich, den besten Kandidaten anzupreisen, der zum Leiter der Republik gewählt werden soll. Mit aller Macht das klingenden Beweises wird dieser Konkurrenzkampf geführt.

Die SPD. und die KPD. rollen den Streit auf, ob Ernst Thälmann oder Otto Braun der beste ist, der das Interesse des Proletariats als Reichspräsident vertritt.

Um was handelt es sich bei der Präsidentenwahl? Es muß nach den Bestimmungen der Weimarer Verfassung ein neues Oberhaupt des bürgerlichen Staates gewählt werden. Diese Frage ist für das Proletariat von prinzipieller Bedeutung, und keine Frage die sich auf diese oder jene Person des zu wählenden Reichspräsidenten bezieht, und ob die Person dieser oder jener Partei angehört.

Für das Proletariat wäre die Reichspräsidentenwahl eine Frage der Persönlichkeit oder der Parteizugehörigkeit nur in dem Falle, daß der Reichspräsident den Staatsapparat in den Dienst des Proletariats stellen könnte. Dieses kann er aber nicht, ganz gleich ob er auch ein Ernst Thälmann von der KPD. ist.

Die geschichtliche Erfahrung, sowie die jüngsten Erfahrungen des deutschen Proletariats selbst, zeigen das zur Genüge. Der bürgerliche Staat, mag er Republik oder Monarchie sein, hat die Aufgabe, die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse, das heißt die Ausbeutung des Proletariats zu sichern.

Seine Gestaltung entspricht diesen, seinen Aufgaben. Aus diesem Grunde kann er nicht vom Proletariat im eigenen Interesse ausgenutzt werden, um so weniger kann ihn eine Person (der Reichspräsident) in das Interesse des Proletariats stellen.

Die Präsidentschaft Eberts kann ein gutes Schulbeispiel für die sozialdemokratischen Arbeiter sein. Aus diesem haben sie zu erkennen, daß ein Reichspräsident nichts anderes ist als ein höherer Beamter des bürgerlichen Staates, das heißt, ein Tagelöhner der Bourgeoisie.

Die Erfahrungen an der sächsischen und thüringischen Arbeiter-Regierung der SPD. und KPD., — trotz, daß eine Regierung den Exekutiv-Apparat des bürgerlichen Staates besitzt, — sind treffende Beispiele für die SPD.- sowie KPD.-Arbeiter, die beweisen, daß mit dem bürgerlichen Staatsapparat nichts für das Proletariat und gegen die Bourgeoisie getan werden kann.

Darum ist die Reichspräsidentenwahl eine reine Angelegenheit der Bourgeoisie.

Es kann nicht die Aufgabe des Proletariats sein, einen Beamten, einen Tagelöhner für die Bourgeoisie zu wählen, auch nicht einen solchen aus den „eigenen Reihen", wie ihn die SPD. und die KPD. empfehlen. Darum heißt die Parole, aktiver Boykott der Wahl und Sammlung der Proletarier gegen den bürgerlichen Staat und für die proletarische Diktatur.

Der Weg des proletarischen Klassenkampfes ist nicht der Präsidentensessel, sondern die Zertrümmerung des bürgerlichen Staates, ganz gleich ob es eine Republik oder eine Monarchie ist, und den Aufbau der Räterepublik.